



GEMEINSAM MEHR BEWEGEN

Juso Unterbezirkskonferenz

Region Hannover

27. März 2010

Südstadt

Antragspaket

Inhalt

Anfahrtsbeschreibung	6
Vorschlag zur Tagesordnung	7
Vorschlag zur Geschäftsordnung	8
Rechenschaftsberichte	10
ARBEITSKREIS MITGLIEDERAKTIVIERUNG	10
RECHENSCHAFTSBERICHT AK BILDUNG.....	11
RECHENSCHAFTSBERICHT NIKLAS MÜHLEIS	12
Personalvorschläge	13
Nominierungen der Delegationen für Bezirks-, Landes- und Bundesebene	15
GEMEINSAM MEHR BEWEGEN Arbeitsprogramm 2010	17
Neustrukturierung der Arbeit im Juso Unterbezirk Region Hannover	18
Gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	23
Arbeitskreis Feminismus und Gleichstellung	24
Arbeitskreis Soziales und Integration	25
Arbeitskreis Umwelt und VerbraucherInnenenschutz	27
Arbeitskreis Internationales	29
Arbeitskreis Mitgliederbetreuung, Mitgliederaktivierung und Politische Bildung	31
Arbeitskreis Bildung	33
Arbeitskreis Kommunalpolitik	35
Forum Arbeit und Wirtschaft	36
Anträge	37
Satzungsänderungen	37
Satzungsänderung 1) SprecherInnenratsmodell	37
Satzungsänderung 2) Änderungsantrag zu § 8 n.F.....	40
Satzungsänderung 3) Weiterentwicklung des Vorstandes	42

Satzungsänderung 4) Alle müssen stimmen dürfen!.....	44
Arbeitsmarktpolitik	48
Ar 1) PRAKTIKA PRAKTIKABEL MACHEN	48
Bildung, Wissenschaft und Jugend	49
B 1) BILDUNGSFÖDERALISMUS VERÄNDERN!.....	49
B 2) KRANKES KIND ALS SPAROBJEKT – FÜR MEHR BESCHULUNG IN KRANKENHÄUSERN.....	50
B 3) MITBESTIMMUNG IN DER HOCHSCHULE SICHERSTELLEN.....	53
B 4) HOCHSCHULLEHRE VERBESSERN!.....	55
Europapolitik	57
Eu 1) EIN STANDORT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTES UND GRÜNDUNG EINER EUROPAUNIVERSITÄT IN STRAßBURG	57
Eu 2) EU-PROGRAMM FÜR PLASTIKFISCHER	59
Eu 3) FRONTEX UMBAUEN – DAS STERBEN STOPPEN!.....	60
Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik	61
F 1) ADOPTIONSRECHT FÜR LEBENSPARTNERSCHAFTEN.....	61
F 2) GLEICHE RECHTE FÜR GLEICHE PFLICHTEN!	62
F 3) GLEICHSTELLUNG FÖRDERN – GERECHTIGKEIT SCHAFFEN!	63
Gesundheitspolitik	64
G 1) HÄNDE AUS DEN HOSENTASCHEN! - ERSTE HILFE STÄRKEN	64
G 2) MEHR VERANTWORTUNGSVOLLES HANDELN – REFORM DES ORGANSPENDERECHTS	67
G 3) BESSERE CHANCE AUF MEDIZINISCHE VERSORGUNG FÜR ALLE!	70
Innen- und Rechtspolitik	72
I 1) SOFORTIGE BEENDUNG DER PERSONENKONTROLLEN VOR MOSCHEEN.....	72
I 2) PERSPEKTIVEN FÜR POLIZEIBEAMTE IM GEHOBENEN DIENST	73
I 3) POLIZEIGEWALT STOPPEN – POLIZEIVERBRECHEN AUFKLÄREN.....	74
I 4) JUGENDSCHUTZ JA! – ZENSUR NEIN!	76

I 5) GEGEN EIN GEPLANTES ODER GEWÜNSCHTES ALKOHOLVERKAUFSVERBOT ZWISCHEN 22.00 BIS 4.00 UHR	78
I 6) FÜR EINE AUSWEITUNG DER ALKOHOLTESTKÄUFE UND EINE KONSEQUENTE ANWENDUNG DER STRAFREGELUNGEN.....	79
I 7) BUßGELDER ANPASSEN.....	80
I 8) MIETNOMADEN	82
Kommunalpolitik	84
K 1) HONEYWELL MUSS VERANTWORTUNG FÜR ALTLASTEN ÜBERNEHMEN - FÜR DIE EINFÜHRUNG EINES ALTLASTENFONDS!	84
K 2) KEINE WEITEREN SCHLIESSUNGEN VON POSTÄMTERN UND AUSBAU DER ÖFFNUNGSZEITEN DER POST-SHOPS	85
Organisationspolitik	87
O 1) ARBEITSTECHNIKEN DEMOKRATISCH WEITERENTWICKELN	87
O 2) BESCHLUSSBUCH	88
O 3) BESCHLUSSBÜCHER VERÖFFENTLICHEN	89
O 4) KEIN ALKOHOLKONSUM AUF JUSO-SITZUNGEN	90
Sozialpolitik	91
S 1) VERHINDERUNG DER EINFÜHRUNG DES BETREUUNGSGELDES	91
Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik	92
U 2) BARRIEREFREIHEIT AUSBAUEN!.....	95
U 3) KLARE LINIE DER PARTEI ZUR GENTECHNIK!	97
U 4) LICHTVERSCHMUTZUNG EINDÄMMEN – UNNÖTIGE BELEUCHTUNGEN AUF DEN PRÜFSTAND STELLEN.....	99
U 5) FÜR GUTE UND SCHNELLE LÖSUNGEN FÜR MOBILITÄTSEINGESCHRÄNKTE BÜRGERINNEN UND BÜRGER. FÜR DIE KONSEQUENTE UMSETZUNG VON HOCHBAHNSTEIGEN	101
RESOLUTION 1) KEINE UNANGEBRACHTEN NAZI-VERGLEICHE!.....	103
RESOLUTION 2) JANNINE MENGER-HAMILTON EINBÜRGERN!.....	105
Die Internationale	107

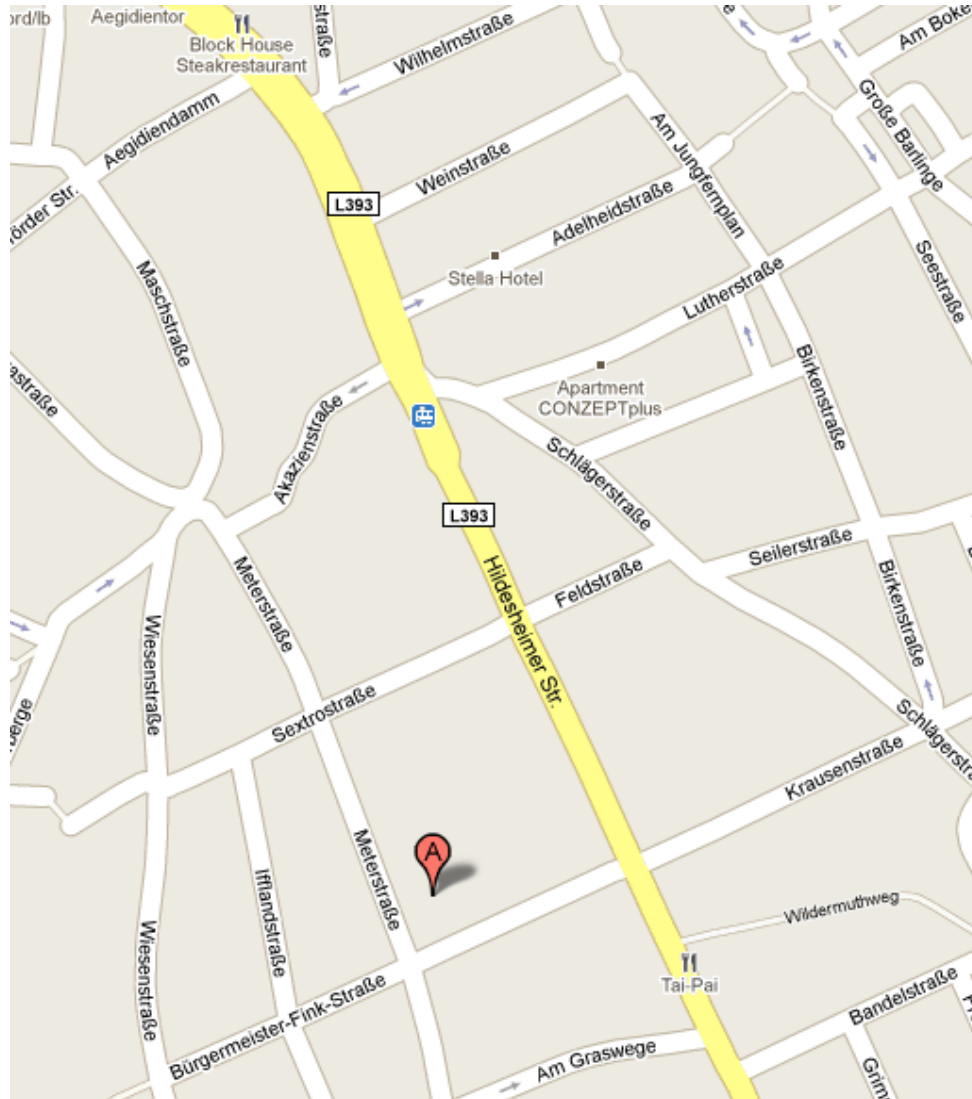
Anfahrtsbeschreibung

Tagungsort

Großer Saal der Paulus Gemeinde

Meterstr. 37

30169 Hannover



Stadtbahn 1, 2, 8 und 18 bis Schlägerstraße. Ihr geht die Hildesheimer Straße in Fahrtrichtung hoch und nehmt die zweite Abbiegung rechts (Bürgermeister-Fink-Straße). Das Gemeindehaus befindet sich in der Meterstraße 37, direkt an der Kreuzung Meterstraße/Bürgermeister-Fink-Straße, hinter der Pauluskirche.

Vorschlag zur Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Konstituierung:
 - a. Wahl des Präsidiums
 - b. Festlegung und Beschluss der Tagesordnung
 - c. Festlegung und Beschluss der Geschäftsordnung
 - d. Wahl von Mandatsprüfungs- und Zählkommission
3. Grußworte
4. Rechenschaftsberichte
5. Aussprache zu den Rechenschaftsberichten
6. Entlastung des Vorstandes
7. Beratung und Beschlussfassung über das Arbeitsprogramm 2010
8. Wahl der/des Vorsitzenden
9. Festlegung der Anzahl der stellv. Vorsitzenden
10. Wahl der stellv. Vorsitzenden
11. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Juso-Bezirkskonferenz, -Landeskonferenz, -Bundeskonferenz
12. Nominierungen
13. Antragsberatung
14. Schlusswort

Vorschlag zur Geschäftsordnung

1. Die Unterbezirkskonferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gemeldeten Delegierten anwesend ist.
2. Sind GenossInnen aus Orten anwesend, in denen zur Zeit keine aktive Arbeitsgemeinschaft besteht, so kann die Konferenz diese mit einfacher Mehrheit als Delegierte zulassen. Die Quotierung gilt in diesem Fall entsprechend.
3. Diskussions- und Antragsrecht habe alle anwesenden GenossInnen unter 35 Jahren und alle JungsozialistInnen gemäß § 10, Abs. 2 Organisationsstatut der SPD, die im Unterbezirk Region Hannover gemeldet sind. Stimmberechtigt sind nur die gewählten Delegierten.
4. Wortmeldungen werden schriftlich beim Präsidium eingereicht, das Präsidium kann jederzeit für einen Tagesordnungspunkt oder eine Debatte erklären, dass Wortmeldungen durch einfaches Handaufheben erfolgen dürfen.
5. Es wird eine RednerInnenliste geführt, aus der abwechselnd einer Frau und einem Mann das Wort erteilt wird. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt drei Minuten. Zur gleichen Sache erhält der/die RednerIn höchstens zweimal das Wort.
6. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der übrigen Wortmeldungen erteilt. Über Anträge zur Geschäftsordnung (GO-Anträge) wird abgestimmt, nachdem einE RednerIn für und einE RednerIn gegen den Antrag gesprochen hat.
7. Anträge auf Schluss der Debatte oder der Redeliste können nur von GenossInnen gestellt werden, die noch nicht zur Sache gesprochen haben.

8. Persönliche Erklärungen sind nur am Schluss einer Debatte oder nach Abstimmungen möglich.
9. Bei Abstimmungen und Nominierungen wird mit einfacher Mehrheit entschieden. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.
10. Anträge zu Punkten der beschlossenen Tagesordnung (Initiativanträge) können während der Konferenz bis zu einer Stunde nach dem offiziellen Beginn der Konferenz gestellt werden. Sie werden behandelt, wenn sie beim Präsidium schriftlich vorgelegt werden. Initiativanträge bedürfen dabei der Unterschrift von mindestens zehn Delegierten aus drei Arbeitsgemeinschaften.
11. Personalvorschläge für die Wahlen und Nominierungen können bis zu einer halben Stunde nach dem offiziellen Beginn der Konferenz gemacht werden. Sie werden behandelt, wenn sie dem Präsidium schriftlich eingereicht werden.
12. Die Wahlen erfolgen — soweit diese Geschäftsordnung oder die Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen nicht anders vorsehen — nach der Wahlordnung der SPD.

Rechenschaftsberichte

ARBEITSKREIS MITGLIEDERAKTIVIERUNG

Der AK Mitgliederaktivierung hat im vergangenen Jahr ein Konzept zur Verbesserung der Mitgliederbetreuung durch regionale Betreuungscluster erarbeitet. Ortsvereine, die bisher noch keine Juso AG haben, sollen von Genossinnen und Genossen aus benachbarten Juso Arbeitsgemeinschaften unterstützt werden eine eigene Juso AG zu gründen. Das AGen-Plenum benennt in der Regel zwei Verantwortliche pro Cluster. Die Cluster werden durch das AGen-Plenum festgelegt und ggf. verändert. Der Vorstand entwickelt dazu regelmäßig Vorschläge, wenn dies notwendig ist. Als konkret Maßnahmen schlägt unser Konzept folgende Punkte vor:

Im Bereich Neumitgliederbetreuung:

- Die zeitnahe persönliche Ansprache nach dem Eintritt verbunden mit Einladungen zu regionalen (AG) Sitzungen und Einladungen zu Veranstaltungen des Juso Unterbezirks.
- Die Herstellung von Kontakt zu den örtlichen SPD-Gliederungen, ggf. Begleitung der Neumitglieder zu SPD-Veranstaltungen vor Ort und in der Region.
- Das regelmäßige Informieren des Neumitglieds über Neumitgliederangebote.
- Die Sicherstellung von regionalen Neumitgliederangeboten, wenn es erforderlich ist.

Im Bereich allgemeine Mitgliederbetreuung:

- Die Reaktivierung bereits eingetretener GenossInnen und Genossen durch persönliche Ansprache.
- Die Planung und Durchführung von Reaktivierungsmaßnahmen durch niedrigschwellige Angebote auch im kulturellen Bereich.
- Den engen Kontakt mit den örtlichen Ortsvereinsvorsitzenden und Mitgliederbeauftragten der Partei um gemeinsame Ansprachen und Aktionen zu ermöglichen.
- Das gezielte Ansprechen von passiven Genossinnen und Genossen bei interessanten Angeboten.

Im Bereich der AGen-Gründung:

- Das Einladen auch „externer“ Genossen in die eigene AG um das „Handwerkszeug“ durch Erleben zu erlernen.
- Die Hilfestellung bei der AGen-Gründung dort, wo dies erwünscht ist.
- Die Gründung von Ortsvereinsübergreifenden Arbeitsstrukturen überall dort, wo es Vorteile bringt.

Das Konzept wurde vom Vorstand beschlossen, jedoch noch nicht umgesetzt. Neben dem Konzept zur Mitgliederbetreuung hat der AK auch die Neugründung einiger Juso Agen aktiv unterstützt.

RECHENSCHAFTSBERICHT AK BILDUNG

Der Arbeitskreis Bildung der Jusos im Unterbezirk Hannover hat regelmäßig getagt. Es wurden sowohl programmatisch-inhaltliche Sitzungen, wie auch kampagnenorientierte Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt. Dazu zählen beispielsweise:

1. Die Beteiligung an zahlreichen Demonstrationen gegen das Turboabitur und die desolante Bildungspolitik der schwarz-gelben Landesregierung, z. B. am 9. Mai oder am 2. Juni bei einer Menschenkette um den Landtag. Zudem haben wir uns aktiv an den beiden Demonstrationen des „Bundesweiten Bildungstreiks“ beteiligt.
2. Wir haben themenspezifische Infostände im Bundestagswahlkampf durchgeführt, z. B. unter dem Motto mit schwarz-gelb geht die Bildung baden.
3. Mitglieder des AK Bildung haben sich auch in der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in der SPD eingebracht und waren als Delegierte bei der Gründung des Landesverbandes dabei.
4. Wir haben uns mit dem Regierungsprogramm und den Bildungsthesen des Juso Landesverbands inhaltlich auseinandergesetzt und zahlreiche Änderungsanträge formuliert.
5. Beim bundesweiten Wahlauftakt in Hannover auf dem Opernplatz waren wir an der Aktion „Sorgenkind Bildung“ beteiligt und führten Interviews zur Bildungspolitik mit Bundes-, Landes und KommunalpolitikerInnen.
6. Wir haben mit dem schulpolitischen Sprecher der SPD Stadtratsfraktion über die Initiative IGS jetzt! und über das Volksbegehren für gute Schulen in Niedersachsen diskutiert. Während der SPD Aktionswoche für das Volksbegehren haben wir fleißig Unterschriften gesammelt und einen Infostand durchgeführt. Wir unterstützen das Volksbegehren auch weiterhin mit Aktionen und planen eine Juso-Kampagne zum Sammeln von Unterschriften.
7. Wir beschäftigen uns Aktuell mit dem Thema Inklusion und

möchten es im nächsten Jahr weiterarbeiten.

8. Gemeinsam mit der neu zusammengesetzten Leitung haben wir zuletzt mit Frauke Heiligenstadt, der schulpolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion, zum Thema "Derzeitige bildungspolitische Diskussionslage in der Landespolitik" eine Veranstaltung durchgeführt. Die derzeitigen Beschlüsse und Themenschwerpunkte der SPD-Landtagsfraktion wurden auf dieser Veranstaltung vorgestellt und anschließend intensiv diskutiert.

RECHENSCHAFTSBERICHT NIKLAS MÜHLEIS

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Jahr 2009 war für die SPD bundesweit ebenso wie für die Jusos Region Hannover kein einfaches Jahr.

Dennoch haben wir Jusos uns aktiv im Europa- und Bundestagswahlkampf engagiert. Und diese mit den Jungen Teams maßgeblich vorangetrieben. In diesem Jahr waren die Jusos in der Region Hannover der treibende Keil im Wahlkampf!

Neben den Wahlkämpfen waren die Jusos bei den beiden „Bunt statt Braun“ Demos und anderen Aktionen gegen Rechts engagiert mit dabei und haben auch bei zahlreichen Bildungsdemos das Bild der Demonstranten dominiert. Zu Tagen wie dem Solarfest oder dem Weltfrauentag haben wir Stände in der Innenstadt organisiert und themenspezifisch gearbeitet.

Im vergangenen Jahr ist es unter Mithilfe des UBV gelungen vier Juso AGen im Stadtgebiet von Hannover neu zu gründen. Die Gründung weiterer AGen konnte in diesem Jahr vorbereitet werden und wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit in 2010 realisieren.

Zu Bildungszwecken wurde ein Seminar zu den harten Wahlkampfthemen mit einem Referenten des Juso Bundesvorstandes, ein Best-Practice Seminar, das Planspiel Kommunalpolitik und ein Neumitgliederabend organisiert.

Trotz sehr geringer Ressourcen haben wir eine große Fülle von Aktionen auf den Weg gebracht, die ich hier nicht alle im einzelnen nennen möchte. Jedoch möchte ich mich bei den zahlreichen freiwilligen Helferinnen und Helfern bedanken. Ohne Euch wäre das Programm des letzten Jahres nicht zu absolvieren gewesen. Vielen Dank!

Ein ausführlicher Rechenschaftsbericht erfolgt mündlich auf der Unterbezirkskonferenz am 9. Januar 2010 in der Südstadt. Ich kann nur alle Jusos dazu aufrufen dort zu erscheinen und sie einladen mit dem Vorstand die Ereignisse des letzten Jahres ausführlich zu diskutieren!

Personalvorschläge

Kandidaturen Sprecherrat¹

Sven Abend, nominiert von der Juso AG Burgdorf

Sarah Andreas, nominiert von der Juso AG Hemmingen

Christian Dristram, nominiert von der Juso AG Südstadt-Bult

Afra Gamoori, nominiert von der Juso AG Bothfeld-Vahrenheide-Sahlkamp

Lea Gronenberg, nominiert von der Juso AG Barsinghausen

Heiderose Hoja, nominiert von der Juso AG NordWest

Christian Jagaciak, nominiert von der Juso AG Südost

Philipp Kreis, nominiert von der Juso AG Nordstadt

Philip Le Butt, nominiert von der Juso AG List-Vahrenwald

Christoph Lokotsch, nominiert von der Juso AG Lehrte

Jasmin Osman, nominiert von der Juso AG List-Vahrenwald

Stephan Reinisch, nominiert von der Juso AG Bothfeld-Vahrenheide-Sahlkamp

Christopher Wolters, nominiert von der Juso AG Mitte

Kandidatur Vorsitz UBV

Michael Quast

Kandidaturen Bezirksvorstand

¹ Aufgrund der vorliegenden satzungsändernden Anträge, wird erst die Konferenz darüber entscheiden, ob ein Sprecherrat oder ein Vorsitzenden-Modell zum Tragen kommt.

Daniel Brunkhorst, nominiert von den Juso AGen Nordstadt, Barsinghausen

Alexandra Girod, Juso AG Wunstorf

Karina Lehmann, nominiert von den Juso AGen Hemmingen, Wunstorf

Frank Straßburger, nominiert von den Juso AGen Südstadt-Bult, Barsinghausen

Nominierungen der Delegationen für Bezirks-, Landes- und Bundesebene

Juso AG	Bezirkskonferenz	Landeskonferenz	Bundeskongress
Bothfeld-Vahrenheide-Sahlkamp	Stephan Meyer	Afra Gamoori	
Burgdorf	Sven Abend	Sven Abend	Sven Abend
Hemmingen	Sarah Andreas Karina Lehmann	Sarah Andreas Karina Lehmann	Sarah Andreas Karina Lehmann
Lehrte	Christoph Lokotsch	Christoph Lokotsch	Christoph Lokotsch
Linden-Limmer	Philipp Schmaltieg Steffen Meier Steffen Beese Jochen Giese	Philipp Schmaltieg Steffen Meier Steffen Beese Jochen Giese	Philipp Schmaltieg Steffen Meier Steffen Beese Jochen Giese
List-Vahrenwald	Tobias Gerking Philip Le Butt Ole Meißner Fabian Kotz Andre Jaques Pauwels Tom Lück Henry Hiepko Tanja Barthelmes Felix Troschier Dorothee Hagenberg Jasmin Osman Marcel Kersten Simon Graupe	Tobias Gerking Philip Le Butt Ole Meißner Fabian Kotz Andre Jaques Pauwels Tom Lück Henry Hiepko Tanja Barthelmes Felix Troschier Dorothee Hagenberg Jasmin Osman Marcel Kersten Simon Graupe	Tobias Gerking Philip Le Butt Ole Meißner Fabian Kotz Andre Jaques Pauwels Tom Lück Henry Hiepko Tanja Barthelmes Felix Troschier Dorothee Hagenberg Jasmin Osman Marcel Kersten Simon Graupe
Mitte	Christopher Wolters	Christopher Wolters, Pierre Kleinfeld	Christopher Wolters
Nordstadt	Daniel Brunkhorst Yassin Herar Julia Laube Philipp Kreis Benni Köster	Daniel Brunkhorst Yassin Herar Julia Laube Philipp Kreis Benni Köster	Daniel Brunkhorst Yassin Herar Julia Laube Philipp Kreis Benni Köster
NordWest	Torsten Tegtmeier Linda Polley	Torsten Tegtmeier Regina Karsch	Regina Karsch Linda Polley
Ronnenberg	Alexander Wolff	Alexander Wolff	Alexander Wolff

Juso AG	Bezirkskonferenz	Landeskonferenz	Bundeskongress
	Kai Müller	Kai Müller	Kai Müller
Südost	Christian Jagaciak Melanie Dore Michael Quast Daniela Barke Andreas Hammerschmidt Ilan Siebert		
Südstadt-Bult	Jasmin Adler, Mahmoud Alsani, Nina Fritsch, Marius Gröhn, Lasse Per Pettersson, Anne Nina Daubert, Christian Dristram, Frank Straßburger, Lukas Kollenberg, Martin Grünreich, Robin Treu, Charlotte Wallat, Martin Höfelmann, Angelo Alter, Anne-Nina Daubert	Jasmin Adler, Mahmoud Alsani, Nina Fritsch, Marius Gröhn, Lasse Per Pettersson, Anne Nina Daubert, Christian Dristram, Frank Straßburger, Lukas Kollenberg, Martin Grünreich, Robin Treu, Charlotte Wallat, Martin Höfelmann, Angelo Alter, Anne-Nina Daubert	Jasmin Adler, Mahmoud Alsani, Nina Fritsch, Marius Gröhn, Lasse Per Pettersson, Anne Nina Daubert, Christian Dristram, Frank Straßburger, Lukas Kollenberg, Martin Grünreich, Robin Treu, Charlotte Wallat, Martin Höfelmann, Angelo Alter, Anne-Nina Daubert
West	Fabian Maue Christian Gerlach Arne Levin Benny Timmermann	Fabian Maue Christian Gerlach Arne Levin Benny Timmermann	Fabian Maue Christian Gerlach Arne Levin Benny Timmermann
Wunstorf	Carl Espeter Alexandra Girod Nina Horn Ramona Kaufmann Nadine Lieske Christian Röpke Sören Thoms	Carl Espeter Steven Fricke Alexandra Girod Nina Horn Martin Jäger Ramona Kaufmann Nadine Lieske Christian Röpke Sören Thoms	Alexandra Girod

GEMEINSAM MEHR BEWEGEN Arbeits- programm 2010



Neustrukturierung der Arbeit im Juso Unterbezirk Region Hannover

GEMEINSAM MEHR BEWEGEN

5 Dieses Motto ist im nächsten Jahr Grundsatz unserer politischen Arbeit im Unterbezirk Hannover. Es bringt zum Ausdruck, dass die Jusos in der Region Hannover nur geschlossen und einig für unsere politischen Ziele und Auffassungen in die Partei und die Gesellschaft wirken können. Dazu benötigen wir eine erneuerte Kultur des Vertrauens und der Zusammenarbeit untereinander. Basis unserer gemeinsamen Arbeit müssen Transparenz, Pluralismus und Vertrauen ineinander sein.

Alle nachstehenden Punkte sind Teil einer Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts zur politischen Arbeit im Juso Unterbezirk Region Hannover. Ziel der Weiterentwicklung ist es, mehr Mitglieder des Juso Unterbezirks in politische Arbeit einzubinden, sie zu qualifizieren, sie für anstehende Wahlen fit zu machen und über Gewährleistung von verlässlichen Strukturen, ein System zu schaffen, dass es ermöglicht, politisch interessierte und wache jungen Menschen in die sozialdemokratische Arbeit zu integrieren.

Grundlagen

20 Durch eine funktionierende Arbeit der Arbeitskreise im Juso UB wird ein verlässliches Fundament errichtet, das die Jusos in der Region Hannover durch politische Bildungsarbeit gestalten. Auf Grundlage dieses Fundaments, der Arbeitskreise, das heißt, der politischen Bildungsarbeit, erfolgt dann der Austausch und die breite Diskussion im AGen-Plenum. Offene Strukturen sind für dieses Arbeitsmodell unerlässlich, denn nur durch sie können viele Mitglieder ermutigt werden, schnell und unkompliziert einzusteigen. Wir sind ein offener Verband, der auch für die kurzfristige Mitarbeit zugänglich ist. Ein weiterer Punkt beinhaltet die Mitarbeit und Vorarbeit in der SPD und für die SPD. Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sind die Jugendorganisation der SPD. Als Teil der Sozialdemokratie engagieren wir uns für unsere politischen Vorstellungen und wollen die SPD nach unseren Maßstäben gestalten. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wird der Juso Unterbezirk seine ihm laut Satzung zustehenden Positionen in der SPD konsequent besetzen und das Ziel verfolgen, eine neue kritische Generation von politisch Interessierten in die Partei einzubringen.

Basisdemokratie: Das AGen-Plenum

Das Plenum der Arbeitsgemeinschaften der Jusos in der Region Hannover (AGen-Plenum) ist das höchste beschlussfassende Organ zwischen den jährlich stattfindenden Unterbezirkskonferenzen und jeder Juso des Unterbezirktes ist grundsätzlich im AGen-Plenum rede-, antrags- und stimmberechtigt. Wir wollen, dass das AGen-Plenum dieser Rolle gerecht wird.

45 Daher wird das AGen Plenum im nächsten Jahr in einem festen Wochen-
abstand jeweils an wechselnden Tagen in der Woche stattfinden, um eine
möglichst große Beteiligung und Verlässlichkeit zu ermöglichen. Weitrei-
chende und grundsätzliche Entscheidungen werden im AGen-Plenum ge-
troffen, denn hier ist Demokratie am nächsten an der Basis. Nur wenn
50 auch das AGen-Plenum in die Regelmäßigkeit der Treffen der Arbeitskreise
mit einsteigt, kann das im Folgenden beschriebene Konzept für die Neu-
strukturierung der Arbeitskreise in seiner Vollständigkeit wirken.

Öffnung der Strukturen

Der Unterbezirksvorstand der Jusos in der Region Hannover öffnet seine
Informationsstrukturen soweit, dass jederR Juso, der gewillt ist, alle Pro-
zesse eines oder mehrerer Arbeitsschritte transparent nachvollziehen
55 kann. Transparenz ist eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg der
Arbeit in unserem Richtungsverband. Transparenz schafft Vertrauen, In-
transparenz zerstört Vertrauen. Wir wollen Vertrauen und Verlässlichkeit
für unsere Mitglieder schaffen. Daher tagt der Vorstand in jeder seiner
Sitzungen öffentlich. Ziel muss es sein, dass unabhängig davon, ob jemand
60 in den Vorstand gewählt wurde, jede und jeder an allen Diskussionen
gleichberechtigt teilnehmen kann. Ein wichtiges Hilfsmittel dafür ist daher
der „große“ UB Verteiler, der in seiner bisherigen Form erhalten bleibt
und einer großen Zahl an Jusos, die wichtigen offiziellen Informationen,
wie beispielsweise Einladungen zukommen lässt. Darüber hinaus wird der
65 Vorstandsverteiler für alle interessierten Jusos geöffnet und für jeden Ar-
beitskreis ein Fachverteiler eingerichtet, damit jeder Juso im Unterbezirk
die Möglichkeit hat, auf alle Informationen Zugriff zu erhalten, aber selbst
entscheiden kann, welche Informationen er tatsächlich bekommen möch-
te. Es wird angestrebt, möglichst alle Verteiler nach einem einheitlichen
70 Namensschema zu erstellen und sie in einer Übersicht auf der Juso-
Homepage zusammenzufügen.

AGen stärken

Der erfolgreiche Weg des AKs Mitgliederbetreuung in Bezug auf den Aus-
bau der Juso-Strukturen in der Region Hannover soll weiter beschritten
75 und intensiviert werden. Ziel muss es bleiben, in möglichst vielen Ortsver-
einen Juso-AGen zu gründen und diese in ihrer Funktionsweise zu unter-
stützen. Der Kontakt zu Ortsvereinen, die noch ohne Juso-AG sind, soll
explizit gesucht werden, um die Schaffung weiterer AGen voranzutreiben.
Den bereits bestehenden AGen werden, wenn gewünscht oder erforder-
80 lich, Hilfestellungen bezüglich der Organisationsweise und der inhaltlichen
Arbeit von Seiten des UBVs angeboten.

Mitgestaltungsmöglichkeiten in der SPD nutzen

85 Der Juso Unterbezirk muss zukünftig seinen Einfluss in der SPD tatsächlich nutzen. Anders als bisher, erschöpft sich die Vertretung der Jusos nicht im Unterbezirksvorstand der SPD. Genauso muss die Vertretung in der Regionsversammlung genutzt werden.

90 Die gewählten Vertreter der Jusos müssen an den Sitzungen teilnehmen, um dem AGen-Plenum über die Arbeit in den SPD-Gremien Bericht zu erstatten. Die Besetzung der uns zustehenden Stellen ist nicht nur deswegen wichtig, um Informationen zu Themen der Region aus erster Hand zu erhalten und dementsprechend auch schnell reagieren zu können. Es ist auch wichtig, dass Partei und Fraktion – wie auch die Jusos selbst – wissen, wer konkret für einen Themenbereich zuständig ist. Entscheidungen aus Partei und Fraktion müssen regelmäßig von den Jusos diskutiert und insbesondere durch Anträge begleitet werden. Diese Anträge müssen natürlich entsprechend vorbereitet werden. Eine weitere wichtige Rolle spielt der Faktor, dass die SPD bestimmte Themen inhaltlich (noch) nicht besetzt hat. Die Jusos spielen hier eine Vorreiterrolle, aber es bedarf einer Stimme, um die von uns besetzten Themen und Positionen, die sich im Zweifel durchaus von der Mehrheitsmeinung der Partei unterscheiden, in diese zu tragen.

100

Frauen in Verantwortung

105 Frauenförderung hat Tradition bei den Jusos. Die Frauenquote sichert bei den Jusos den Zugang zu politischen Ämtern und autonome Frauenstrukturen ermöglichen die bundesweite Koordination frauenpolitischer Aktivitäten. Trotzdem gibt es im Juso Unterbezirk Hannover immer noch zu wenige Frauen in politischen Schlüsselpositionen. Der Unterbezirk wird daher aktiv daran arbeiten, explizit Frauen zu motivieren, mehr Verantwortung in der Parteiarbeit zu übernehmen.

Neustrukturierung der Arbeitskreise

110 1) Die Arbeitskreise als Fundament der Bildungsarbeit

115 Die Arbeitskreise des Juso Unterbezirks in der Region Hannover bilden das Fundament der politischen Arbeit der Jusos im Unterbezirk. Der Juso Unterbezirk wird das Konzept seiner Arbeitskreise im nächsten Jahr neu strukturieren, um eine permanente und sich dauerhaft weiter entwickelnde politische Bildungsarbeit gewährleisten zu können. Kernpunkte sind dabei die zielgerichtete Arbeit der Arbeitskreise, Schulungen durch interne und externe Referenten und die Aufwertung des AGen-Plenums durch regelmäßige Anträge aus den Arbeitskreisen. Damit einhergehend werden die entsendeten VertreterInnen in die SPD gestärkt.

120

2) Zielgerichtete Arbeit in den Arbeitskreise

Die Regelmäßigkeit der Treffen der AKs ist die Grundlage für einen funktionierenden Arbeitskreis. Jeder AK trifft sich daher zu einem regelmäßigen Termin. Nur durch eine konsequente Regelmäßigkeit

125 ist es dem AK möglich, eine Strategie für sein Konzept zu entwickeln und folgerichtig umzusetzen. Dieses soll bei dem/n ersten Treffen des AKs geschehen. Der Unterbezirksvorstand wird zu Beginn eines jeden Halbjahres diese Termine gemeinsam mit den Arbeitskreisen festlegen und veröffentlichen. Die inhaltliche Arbeit wird somit in die Arbeitskreise verlegt, sie passiert dort, wo jedeR an den Diskussionen teilnehmen kann und mit dem Ziel der Antragstellung im AGen-Plenum. Ferneres Ziel der Anträge soll dabei die Diskussion mit und Umsetzung durch die Partei sein.

3) Bildungsarbeit stärken

135 Ziel der politischen Bildungsarbeit des Juso Unterbezirks muss sein, seine Mitglieder durch Veranstaltungen mit internen oder externen Referenten zu interessieren, zu schulen und sprach- und argumentationsfest zu bestimmten Themenfeldern zu machen. Um diesem Bildungsauftrag gerecht zu werden, entwickelt der Juso UB ein ganzheitliches, aufeinander abgestimmtes Bildungskonzept. Teil dieses Bildungskonzeptes ist das Angebot Veranstaltungen sowie Grundlagen- und Aufbau-seminare auszurichten. Des Weiteren sind Vernetzungen zwischen einzelnen oder mehreren AKs wünschenswert, thematische Öffnungen fungieren so als Querschnittsaufgabe zwischen ihnen, die sich in gemeinsamen Veranstaltungen darstellen können. Öffentliche Veranstaltungen sind außerdem erstrebenswert, um sowohl inaktive als auch neue Mitglieder zu gewinnen und eine breite Öffentlichkeitswirkung und öffentliche Wahrnehmung zu erzielen. Um für alle Mitglieder des Juso Unterbezirks eine verlässliche Informationsquelle zur Verfügung zu stellen und eine gewisse Verbindlichkeit gegenüber dem Veranstaltungsmanagement zu garantieren, erstellt der Unterbezirksvorstand einen Veranstaltungsplan für das Jahr 2010. Aufgabe des Juso Unterbezirksvorstandes ist es, die verschiedenen Bildungsangebote der einzelnen Arbeitskreise auf sinnvolle Weise zu vernetzen und zu koordinieren. Dadurch soll ein „Gesamtkonzept“ der von allen AKs angebotenen Veranstaltungen erkennbar werden. Alle Termine, sowohl von Sitzungen, als auch von Veranstaltungen werden gemeinsam koordiniert und zu diesem Zweck halbjährlich eine Übersicht über den Verteiler geschickt. Um die den Terminplan möglichst tagesaktuell zu halten, wird er auf der Homepage regelmäßig aktualisiert.

4) Effizienz steigern – In die SPD wirken

165 Die Diskussionen im AGen-Plenum dienen dann zwei Zwecken. Erstens, der Debatte und Wissensbildung in den eigenen Kreisen. Dort

wo alle mit diskutieren und entscheiden können, können wir Jusos auch die Aufgaben von heute und morgen lösen. Zweitens, müssen die VertreterInnen in der SPD einen starken inhaltlichen wie organisatorischen Stellenwert bei den Jusos etablieren. Im AGen-Plenum kann das gesammelte Wissen der Jusos für unsere gemeinsamen Ziele mobilisiert werden. Hier können die Jusos die 41 Ortsvereine der Region Hannover für Kampagnen zusammenführen.

Gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

175 Zu erfolgreicher und professioneller Juso-Verbandsarbeit, gerade in einem so starken Unterbezirk wie der Region Hannover, gehört untrennbar eine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Eine effektive Möglichkeit, in der öffentlichen Wahrnehmung präsent zu sein und den Platz in kommunikativer Hinsicht zu behaupten, ist eine offensive Zusammenarbeit mit den Medien. Chancen, punktuell und/ oder
180 in regelmäßigen Abständen in der Presse oder auch im Hörfunk und Fernsehen Erwähnung zu finden, bestehen jedoch nur bei einem professionellen Umgang mit den Redaktionen. Dazu gehört es, Kenntnisse über redaktionelle Abläufe, über die Medientauglichkeit von Themen und die journalistische Aufbereitung von Informationen zu besitzen und dieses Wissen
185 auch anwenden zu können. Professionell aufbereitete Informationen finden infolge der gegenwärtigen Tendenzen innerhalb der Medienlandschaft, die von Outsourcing und drastischem Personalabbau geprägt sind, in den Redaktionen dankbare Empfänger. Pressemitteilungen werden in
190 Zukunft ordentlich vorbereitet und an die geeigneten Medien versandt. Erst danach sollte man mit den Redaktionen auch den persönlichen Kontakt aufnehmen. Eine erfolgreiche Pressemitteilung verfolgt das Ziel, dass sie höchsten etwas gekürzt, jedoch inhaltlich eins zu eins in den Medien erscheinen kann.

195 Bezogen auf die jüngere Generation, welche wir Jusos naturgemäß erreichen wollen, ist das Internet ein weiterer elementarer Baustein der Öffentlichkeitsarbeit. Es soll eine hohe Frequenz in der regionalen Nachrichtenveröffentlichung auf der Homepage umgesetzt werden, damit sich junge Menschen in der Region Hannover über unsere Standpunkte informieren können. Gegenstand der Darstellung auf der eigenen Homepage sollen Terminankündigungen sowie Ankündigungen von und Berichte über
200 Aktionen sein. Sinnvoll ist es zudem, die Webpräsenz der Jusos in der Region Hannover optimieren, sowie soziale Netzwerke für die Öffentlichkeitsarbeit einzusetzen. Diese Onlinemedien dienen ebenfalls der Terminankündigung, der Darstellung eigener Positionen und entsprechen nicht
205 zuletzt zielgruppenorientierter Kommunikation.

Der neue Juso-UBV wird für interessierte Mitglieder aus den AGen einen Workshop zum Thema erfolgreicher Pressearbeit anbieten.

Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit besteht aus vielen Faktoren und wird
210 u.a. durch die Arbeit in den Arbeitskreisen bewerkstelligt. Mit Videoblogs, Informationsflyern und der wahrnehmbaren Präsenz auf öffentlichen Veranstaltungen (Diskussionsforen, Festivals, Schorsenfest, Solarfest, etc.) gibt es dazu bereits gute Instrumente, die offensiv genutzt werden müssen.

215

ARBEITSKREIS FEMINISMUS UND GLEICHSTELLUNG

Das Projekt Gleichstellung wird mit einem stark veränderten Konzept ins neue Jahr starten, das sich an der Neustrukturierung der Arbeitskreise des Juso Unterbezirks orientiert.

- 220 Zuerst einmal gilt es, das Projekt Gleichstellung von einem Projektstatus in einen Arbeitskreisstatus zu erheben, denn das Thema Gleichstellung ist kein temporär lösbares Problem, mit dem es sich in einer gewissen Zeitspanne zu beschäftigen gilt, sondern eine Querschnittsaufgabe durch alle Themenbereiche. Außerdem soll die Bezeichnung des AKs geändert werden.
- 225 Gleichstellung ist nicht nur Frauenpolitik. Sexuelle Diskriminierung findet sich eben auch der Lebensrealität von Menschen, die das konservative Familien- und Partnermodell für sich nicht in Anspruch nehmen, wie zum Beispiel Homosexuelle oder Alleinerziehende. Daher soll dieser Arbeitskreis zukünftig AK Feminismus und Gleichstellung heißen.
- 230 Des Weiteren werden die Koordinatoren des AK Feminismus und Gleichstellung dafür Sorge tragen, dem Bildungsauftrag des Unterbezirks Hannover mit Bildungsveranstaltungen sowie Grundlagen- und Aufbau Seminaren mit externen und internen Experten gerecht zu werden. Den Auftakt wird eine Veranstaltungsreihe zu Thema „Frauenrechtlerinnen heute und ihre Anfänge in Europa“ (Arbeitstitel) gemeinsam mit der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) machen.
- 235 Ein anderes Schwerpunktthema, mit dem sich der AK Feminismus und Gleichstellung beschäftigen wird, ist die Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern. Im AK soll nach Möglichkeiten geforscht werden, die männerbündischen Chefetagen in der Arbeitswelt aufzubrechen und sie für Frauen in gleichem Maße zugänglich zu machen.
- 240 Gleichermaßen wird es Aufgabe dieses Arbeitskreises sein, Gleichstellung auch im Zusammenhang mit Homosexuellen zu betrachten. Im Mittelpunkt sollen die Auseinandersetzung um die sogenannte „Homo-Ehe“ und die Diskussion über das Blutspendeverbot für homosexuelle Männer stehen.
- 245 Um den Anspruch der Querschnittsaufgabe zwischen und durch die verschiedenen Bereiche bei den Jusos und in der SPD faktisch umzusetzen, strebt der AK Feminismus und Gleichstellung die Vernetzung mit anderen Arbeitskreisen im Juso Unterbezirk an. Das bedeutet konkret, Veranstaltungen und Seminare inhaltlich wie organisatorisch zu verbinden.
- 250

ARBEITSKREIS SOZIALES UND INTEGRATION

255 In unserer Gesellschaft gibt es immer noch soziale Ungerechtigkeiten, die auch unter Regierungen mit Beteiligung der SPD vergrößert worden sind. Daher wollen wir uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten intensiv mit der Sozial- und Integrationspolitik auf kommunaler Ebene hier in der Region Hannover auseinandersetzen und dabei auch den Blick über den Tellerrand wagen.

260 In dem Arbeitskreis Soziales und Integration werden wir uns mit diesen Themenkomplexen und ihren Zusammenhängen auseinandersetzen. Dabei werden wir politische Theorie und Praxis miteinander verbinden, um Hintergründe zu erkunden und Perspektiven zu entwickeln.

265 Die Einkommensschere in unserer Gesellschaft klappt immer weiter auseinander. Während die Reichen sich in abgesicherte Wohnsiedlungen zurückziehen, wird die Situation in so genannten „sozialen Brennpunkten“ immer prekärer. Als JungsozialistInnen muss es unsere Aufgabe sein, diese Entwicklung umzukehren. Wir werden uns im Arbeitskreis mit dieser Problematik beschäftigen und versuchen, Lösungen zu ermitteln. Dabei soll 270 auch langfristig eine Perspektive geschaffen werden, wie wir eine Veränderung herbeiführen können.

Hartz IV beschäftigt die Menschen und insbesondere die SPD auch weiterhin. Erst im Oktober hat das Bundesverfassungsgericht die Hartz IV Regelsätze für Kinder für verfassungswidrig erklärt. Leider wissen jedoch viele 275 JungsozialistInnen immer noch wenig über die Hartz-Reformen, obwohl es die sozialdemokratische Regierung Schröders war, die sie eingeführt hat. Wir wollen uns intensiv mit der Thematik beschäftigen, um uns für eine konstruktive Debatte sprachfähiger zu machen. Wir wollen deshalb ein Seminar im Frühjahr 2010 anbieten, wobei wir sowohl juristische, als auch 280 politischen Grundlagen analysieren werden.

Familien erfüllen unverzichtbare Funktionen und Aufgaben in unserer Gesellschaft. Dieser gesellschaftlichen Relevanz werden die vielfach schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen in Familien nicht gerecht. Daher machen wir es uns zur Aufgabe, Maßnahmen mit Blick auf 285 die unterschiedlichen Familienformen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf etc. im Sinne der Familien nachhaltig mitzugestalten und einzuleiten.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben größere Schwierigkeiten, einen guten Bildungsabschluss zu erreichen. Gleichzeitig ist die 290 Bildungspolitik in Deutschland stark ideologisch beeinflusst. Dies hat deutliche Auswirkungen auf die bildungspolitische Diskussion in unserem Land. Die CDU und die FDP haben es sich zur Aufgabe gemacht, das Bildungssys-

tem des 19. Jahrhunderts ins 21. Jahrhundert zu überführen und dabei die Belastung von Schülern und Studenten noch zu steigern. Wissenschaftliche Erhebungen zeigen, dass Kinder aus Familien mit sozio-ökonomisch schwächeren Hintergründen systematisch benachteiligt werden. Dies hat besondere Auswirkungen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, weshalb wir dieses Thema als einen Schwerpunkt in unserer Arbeit behandeln. Zusätzlich wollen wir auch die Möglichkeiten der außerschulischen Bildung für Migrantinnen und Migranten als einen Weg zur Integration in unsere Gesellschaft thematisieren, um die vielfältigen Hindernisse – wie mangelnde Sprachkenntnisse – zu diskutieren.

Akademikerinnen und Akademiker mit Migrationshintergrund wird die Anerkennung ihrer Studienabschlüsse in Deutschland erheblich erschwert, gleichzeitig haben wir einen Fachkräftemangel. Die Verschwendung dieser Arbeitskraft kostet der Wirtschaft jedes Jahr Millionen. Aber es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, wenn hoch qualifizierte Arbeitskräfte unter ihren Qualifikationen arbeiten müssen.

In den öffentlichen Diskussionen um Straftäterinnen und Straftäter mit Migrationshintergrund werden immer wieder alte Vorurteile geschürt, nicht zuletzt auch von unseren politischen Gegnern. Dies führt dazu, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich in Deutschland nicht willkommen fühlen. Wir wollen diese Vorurteile bekämpfen und dabei auch einen Blick auf die Rechtsprechung gegen MigrantenInnen werfen.

In dem Arbeitskreis wollen wir verschiedene Veranstaltungsformen wählen. Wir wollen Referentinnen und Referenten zu den unterschiedlichen Themen einladen, um uns über die vielfältigen Probleme und mögliche Lösungswege zu informieren. Gleichzeitig wollen wir auch den direkten Kontakt zu den Menschen suchen, interessante Einrichtungen besuchen, mit Verbänden und Institutionen Kontakte knüpfen und öffentliche Veranstaltungen durchführen.

Arbeitskreis Umwelt und VerbraucherInnenschutz

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sind der festen Überzeugung,
325 dass Umwelt- und VerbraucherInnenschutz kein in sich abgeschlossenes
Themengebiet ist. Vielmehr ist er Teil der Vision des demokratischen Sozi-
alismus und betrifft alle Lebensbereiche unmittelbar, denn nur in einer
intakten Umwelt können sich Menschen frei und sicher entfalten. Nur mit
einem konsequenten VerbraucherInnenschutz ist Gerechtigkeit für alle
330 möglich. Die Jusos in der Region Hannover werden daher den ständigen
Arbeitskreis „Umwelt und VerbraucherInnenschutz“ ins Leben rufen. Mit
vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen kann ein Bewusstsein für öko-
logisches Handeln und VerbraucherInnenschutz geschaffen werden.

Auch wenn die SPD im Bereich „Atomkraft“ in den vergangenen Jahren
335 einige wichtige Akzente setzen konnte, ist es nicht gelungen, mit diesem
elementaren Themenbereich mehr Wählerstimmen zu gewinnen. Das lag
unter anderem daran, dass es in vielen Bereichen gänzlich versäumt wur-
de, sozialdemokratische Positionen glaubwürdig zu entwickeln und keine
einheitliche Linie gefahren wurde. So wurde dieses Themenfeld viel zu
340 lange allein den Grünen und Angela Merkel überlassen und es wurde ver-
säumt, Diskussionen zu führen. Ein wichtiges Ziel dieses Arbeitskreises ist
es daher, genau diese Diskussion zusammen mit externen und internen
Referentinnen und Referenten zu führen und die Jusos in der Region zu
befähigen, Positions- und Antragspapiere zum Thema zu verfassen und in
345 die Partei und Fraktionen zu tragen.

Wir sorgen für Unterstützung und (Mit-)Organisation von Demonstratio-
nen zum Thema „Atomkraft“ u.ä. und wollen das Gespräch mit NGO's su-
chen. „Grüne und rote Gentechnik“, Atomkonsens, Lärm- und Lichtemissi-
onen, Umweltverschmutzung, Lebensmittelskandale, unzureichende In-
350 formation von Verbraucherinnen und Verbrauchern sollen dabei die
Schwerpunkte bilden. Eine gute Öffentlichkeitsarbeit mit thematischen
Informationsständen, Videoblogs und Informationsflyern sollen ergänzend
über den Verband hinaus ein Bewusstsein schaffen und für diese heiklen
Themen sensibilisieren.

355 Nach der Bundestagswahl und dem Verlust der Regierungsbeteiligung
wird es schwerer die sozialdemokratische Sicht auf Bundesebene nach
außen zu tragen. Ein besonderes Augenmerk wird also in der Zukunft da-
rauf liegen, umwelt- und verbraucherInnenschutzpolitische Themen auf
kommunale Ebene zu beziehen und hier Überzeugungsarbeit zu leisten.
360 Für uns Jusos ist es unerlässlich, Präsenz auf lokalen Veranstaltungen wie
dem Solarfest zu zeigen und Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern
über regionale Klimaschutzprogramme zu führen, sowie konkreten Bau-
maßnahmen zu begleiten.

365 Besonders heikel ist die Problematik der Internetzensur und des Daten-
schutzes als eine alte Frage nach Freiheit auf einem neuen medialen
Schauplatz. Auch hier sind wir der Meinung, dass vor der Verabschiedung
des von Anfang an umstrittenen „Zugangerschwerungsgesetzes“ in der
SPD nicht lange und ausgiebig genug darüber nachgedacht wurde, was
Bürgerrechte und Freiheit für uns bedeuteten. Der Schutz von Kindern und
370 das Vorgehen gegen die Verbreitung von strafbarem Material im Internet
sind wichtige Punkte, aber die Bevölkerung unter Generalverdacht zu stel-
len und die Einschränkung von Freiheitsrechten ist der falsche Weg. Nach-
dem dieses Gesetz zu scheitern droht, wird es nun darauf ankommen,
eine intensive Diskussion über den Themenbereich „Netzwelt“ im Verband
375 zu führen.

Arbeitskreis Internationales

Der Arbeitskreis Internationales wird eine Plattform bieten, um sich über internationale Politik auszutauschen, Informationen zu akquirieren, um sich mit diesen internationalen Themen auseinanderzusetzen und dazu eigene Positionen zu entwickeln. Inhaltlich strebt der AK Internationales an, sich mit folgenden Themenschwerpunkten auseinanderzusetzen:

Für ein soziales Europa

Die Schaffung einer gemeinsamen Sozialpolitik zählte nie zu den Zielen der Europäischen Gemeinschaft. Rechtliche Vorgaben mit sozialpolitischem Inhalt dienten der Realisierung des Binnenmarktes. Positive sozial- und arbeitsrechtliche Maßnahmen der EU waren jene, die sich aus der Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreizügigkeit ergaben. Die Konsequenzen des durch den Binnenmarkt und die Globalisierung entstandenen Wettbewerbes vermag die Europäische Union jedoch kaum auszugleichen. Ein wohlfahrtstaatliches Solidarsystem auf europäischer Ebene, welches die mit immer weniger Handlungsoptionen ausgestatteten nationalen Systeme der sozialen Sicherung entlasten könnte, existiert bis heute nicht. Wir Jusos, als feministischer, internationalistischer und sozialistischer Richtungsverband, werden uns mit dieser Thematik intensiv auseinandersetzen.

Europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik

Um die Arbeit der Grenzkontrollen der Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen zu koordinieren, wurde die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex) geschaffen. Dieses Programm wird stark kritisiert, da dadurch der Eindruck entsteht, dass der Schutz von Asylsuchenden keine Priorität in der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik hat. Stattdessen stellt es sich dar, als würde Frontex ausschließlich an der Abwehr von Flüchtlingen und Zuwanderern mitwirken. Wir wollen diesen Themenkomplex beraten und Lösungen aufzeigen.

Situation in Afrika

Afrika ist und bleibt auf absehbare Zeit die Armutzone der Welt. Dabei spielt Afrika gleichzeitig eine zentrale Rolle für die Industrie und Landwirtschaft in den weiterentwickelten Ländern. Deswegen engagieren sich China, Europa und die USA nachhaltig in Afrika – nicht immer für die Menschen, sondern auch für die eigenen wirtschaftlichen Interessen. Die Folgen dieses Engagements sind häufig neue Armut, weitere Konflikte und Flüchtlingsbewegungen.

Deutschlands Afghanistanpolitik

Afghanistan hat in den letzten Monaten den Übergang von einer schwachen Demokratie zu einer Scheindemokratie vollzogen. Die Wahl Karzais entsprach nicht demokratischen Grundregeln. Gleichzeitig setzen die Be-

satzungstruppen in Afghanistan, auch die USA und Deutschland, eben auf diese Regierung Karzais, um die Probleme des Landes anzugehen. Dabei
420 stellen zum Beispiel der Drogenanbau, die Korruption, die extremistische Auslegung des Islams und der damit einhergehende Krieg gegen die Besatzungstruppen wesentliche Machtelemente der Gruppen dar, die Karzai an der Macht halten. Der Weg, den Günstling der Konflikte im Land mit deren Lösung zu beauftragen, scheint daher zumindest gewagt. Obama und
425 Merkel setzen aber auf diesen Weg, verbunden mit Truppenaufstockung und ausgeweiteten Militäroperationen. Diese sind taktisch nicht zu verlieren, strategisch ist der Krieg aber so nicht zu gewinnen. Hier müssen die Wirkung der jetzigen Strategie analysiert und alternative Lösungsstrategien diskutiert werden.

430 Iran

Im Iran treffen derzeit drei Komponenten zusammen: Eine menschenverachtende Diktatur, eine Bewegung, die der Gesellschaft Freiheit und Gerechtigkeit gewährleisten will und ein ambitioniertes Atomprogramm. Zusammen beeinflussen sich diese drei Komponenten, was zu einer explosiven Mischung führt. Die Solidarität der Jusos gehört der demokratischen
435 Bewegung des Irans. Gleichzeitig müssen die Jusos eine Position finden, wie mit dem Iran umzugehen ist, wenn sein Atomprogramm Erfolge zeigen sollte. Diese beiden Komponenten werden wir vertieft diskutieren und dazu informieren.

440 Internationalität leben – Austausch ermöglichen

Für eine gute Arbeit des AK Internationales ist es von großer Bedeutung, Kontakte zu anderen JungsozialistInnen innerhalb Europas zu knüpfen, um sich ein besseres Bild über die Arbeit anderer GenossInnen zu machen und um sich mit Problematiken anderer europäischer Länder zu befassen.
445 2008 fand ein Austausch mit baltischen JungsozialistInnen statt. Ziel muss es sein, ein solches Projekt mit dem Baltikum oder anderen Bündnispartnern wieder aufzunehmen und so den Jusos im Unterbezirk Region Hannover bzw. Jusos des Bezirks Hannover die Möglichkeit zu geben, den Informationsaustausch zu intensivieren.

450

Arbeitskreis Mitgliederbetreuung, Mitgliederaktivierung und Politische Bildung

Die Jusos in der Region Hannover setzen es sich zur Aufgabe, Strukturen zur Mitgliederbetreuung und Mitgliederaktivierung zu schaffen, die den Erfordernissen einer basisdemokratischen, mitgliederstarken Arbeitsgemeinschaft in der SPD angemessen sind. Grundsätzlich ist es Ziel und Aufgabe der Jusos, in der Jugend für die Ziele des Demokratischen Sozialismus zu wirken und politische Bildungsarbeit in diesem Sinne zu leisten.

Der Arbeitskreis Mitgliederbetreuung, Mitgliederaktivierung, Politische Bildung entwickelt dazu ein Konzept, das regelmäßige Seminar- und Bildungsangebote bereitstellt. Folgende Bereiche der politischen Bildungsarbeit sollen dabei im Vordergrund stehen:

Wie kann und soll linke Juso-Politik heute aussehen?

Die Jusos verstehen sich als linker Richtungsverband innerhalb der SPD. Wir wollen mit unseren Inhalten und Positionen in die Partei hineinwirken und ihre Politik mitbestimmen. Doch was bedeutet das für uns? Der AK MMP organisiert zu diesem Themenkomplex Seminare und Bildungsveranstaltungen, die sich dezidiert mit dieser Frage auseinandersetzen. Auf externe Referentinnen und Referenten als Impulsgeber soll ausdrücklich zurückgegriffen werden. Außerdem wird in einem Arbeitsprozess formuliert, was „linke Politik“ für uns bedeutet und wie diese auf den verschiedenen Ebenen unserer Partei eingebracht und umgesetzt werden kann.

Seminare für Neumitglieder / Mitgliederbetreuung

Neumitglieder der Jusos und/oder der SPD bedürfen in der Regel einer besonderen Heranführung an politische Themenfelder und an politische Arbeit im Allgemeinen. Dies sollen explizit auf neue Mitglieder unserer Organisation zugeschnittene Einführungsseminare leisten.

Konkret werden wir daher:

- Ein Begrüßungsschreiben des Juso Unterbezirkes für Neumitglieder mit allen relevanten Informationen zusammenstellen.
- Mindestens halbjährlich ein Neumitgliederseminar zu den Grundlagen Jungsozialistischer Politik veranstalten.
- Vierteljährlich Neumitgliederabende stattfinden lassen.

Regionale Mitgliederbetreuung

Die Mitgliederbetreuung ist eine der zentralen Aufgaben, die sich Jungsozialistinnen und Jungsozialisten stellen. Neben der Qualifizierung von neuen Genossinnen und Genossen, sind Reaktivierung und ständige Weiterbildung von GenossInnen wichtigste Aufgabe auch der Jusos in der Region Hannover. Dabei kommt den Arbeitsgemeinschaften und dem Unterbezirksvorstand eine hohe Verantwortung zu.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass die bestehende Praxis der Mitgliederbetreuung Lücken aufweist. Kernproblem ist, dass trotz aller Erfolge bei der Gründung von lokalen Arbeitsgemeinschaften im letzten Jahr, es nicht einmal in der Hälfte der 41 Ortsvereine in der Region Hannover dauerhaft funktionierende Arbeitsgemeinschaften gibt. Der Unterbezirksvorstand kann nicht allein die geeigneten Maßnahmen ergreifen, um eine gründliche und angemessene Betreuung zu gewährleisten. Die Jusos in der Region Hannover organisieren daher die Mitgliederbetreuung neu. Dafür richten sie regionale Betreuungscluster vor Ort ein. Diese Cluster werden durch das AGen-Plenum beschlossen und bei Bedarf ggf. verändert. In den jeweiligen Clustern organisieren ortsansässige GenossInnen die Mitgliederbetreuung.

Der Vorstand koordiniert die Arbeit der Cluster-Verantwortlichen. Er stellt Fortbildungsangebote für die BetreuerInnen sicher, leitet Informationen weiter und stellt, wenn erforderlich, die notwendige Infrastruktur (z.B. IT) bereit.

Arbeitskreis Bildung

- 510 Die erfolgreiche Arbeit des AK Bildung des letzten Jahres wird fortgesetzt. Aufgabe des Arbeitskreises Bildung wird es zukünftig jedoch nicht nur sein, sich gemeinsam über Bildung und Bildungspolitik zu informieren, sondern auch, und vor allem, in die Partei hinein zu wirken. Das Themenfeld Bildung bietet eine sehr gute Möglichkeit unsere Positionen auch in
- 515 den SPD Landesverband und in den Landtag zu tragen. Da bei Bildung Landeshoheit gilt, können wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten hier unmittelbar mit den Akteuren der niedersächsischen Bildungspolitik und den sozialdemokratischen Vertreterinnen des Landtages kommunizieren. Neben diesen Aspekten der unmittelbaren Kommunikation, muss es fortwährende Aufgabe des AK Bildung sein, über das gesamte Jahr hinweg Grundlagenveranstaltungen anzubieten. Inhalt dieser Veranstaltungen wird unter anderem die Diskussion über Beschlüsse und Positionen der SPD zum primären, sekundären und tertiären Bildungsbereich sein. Dabei ist eine kritische Reflektion eben dieser Standpunkte gefordert.
- 520 Die Kooperation mit der SPD hat ebenfalls große Priorität. Die Aufgabe des AK Bildung wird die fortwährende Unterstützung der Partei bei wichtigen Anliegen wie der Initiative „IGS Jetzt“ oder dem „Volksbegehren für gute Schulen in Niedersachsen“ sein.
- Um sich inhaltlich sicher bewegen zu können, bedarf es grundlegendem
- 530 Wissen über die niedersächsische Bildungspolitik und die Beschlusslagen der SPD-Landtagsfraktion. Thematisch wird das Jahr mit einer intensiven Diskussion über die aktuelle Lage in Niedersachsen beginnen. In diesem Zusammenhang werden wir über mögliche Perspektiven der frühkindlichen Bildung, des Schulsystems, der Berufsbildung und der Hochschulen in
- 535 unserem Bundesland sprechen. Alle Stationen der Bildungsbiographie sind für die politische Konversation wichtig.
- Ein weiteres Kernthema stellt die Inklusion bzw. die inklusive Pädagogik dar, bei der es um die Wertschätzung von Vielfalt in Bildung und Erziehung geht. Dabei wird das Ziel verfolgt, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihren Fähigkeiten oder Beeinträchtigungen sowie ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft, gemeinsam unterrichtet werden sollen. Dementsprechend entwickelt sich als eine zentrale Frage des AK Bildung: Wie müssen unsere Schulen aussehen? Dazu sollen Gespräche mit Expertinnen und Experten stattfinden, die die inhaltliche Diskussion
- 540 innerhalb des UB Hannover anreichern.
- 545 Drittens wird das Hauptaugenmerk der Arbeit des AK Bildung ein differenzierter Dialog über die Lehrerbildung sein. Dies dient auch der Ganzheitlichkeit der Arbeit des AKs. Verbesserte Schulen werden nur Sinn machen

550 können, wenn Lehrerinnen und Lehrer den Gegebenheiten entsprechend gut ausgebildet werden.

Inhaltliche Arbeit in Sachen Bildung ist eine der größten Kompetenzen der JungsozialistInnen. Dies muss auch so nach außen getragen werden. Eine gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist für diesen AK unabdingbar. Folglich macht es Sinn, auch interessierte Bürgerinnen und Bürger in die Bildungsdebatte einzubeziehen. Öffentliche Veranstaltungen, ergo über die Parteigrenzen hinaus, sollten als aktivierendes Instrument eingesetzt werden. Darüber hinaus wird sich der Arbeitskreis bemühen mit Schülervertretungen zusammenzuarbeiten und diese in die öffentliche Diskussion zu integrieren.

560

Arbeitskreis Kommunalpolitik

In Niedersachsen steht als nächstes die Kommunalwahl im Jahr 2011 an. Konkret muss das Jahr 2010 auf unserer Seite genutzt werden, um sich auf die besagte Kommunalwahl vorzubereiten. Ziel der Jusos sollte es sein, junge Menschen für die Kommunalpolitik zu interessieren und für kommunale Mandate zu schulen. Hier ist eine Zusammenarbeit mit der neugegründeten Stadt-Koordination Hannover von großer Bedeutung, um die Kompetenzen zu bündeln und sich über die Inhalte abzustimmen. Neben der inhaltlichen Schulung muss es Ziel sein, Interessierte auch vorzubereiten, um einen Beitrag für die Erlangung aussichtsreicher Listenplätze zu leisten. Darüber hinaus muss im kommenden Jahr im AK Kommunalpolitik die Frage aufgearbeitet werden, ob und unter welchen Bedingungen eine stärkere Jugendbeteiligung für die Listenaufstellungen innerhalb der SPD sinnvoll ist.

Im Hinblick auf die Kommunalwahl selbst sind es vor allem die „typisch sozialdemokratischen“ Themen, die diskutiert werden müssen: Die öffentliche Daseinsvorsorge, die nicht durch Privatisierungen bestimmt werden darf, die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, ebenso wie die Bildungspolitik vor Ort, die Stadtentwicklung und die Integrationspolitik. Diese Themen sind interessant für junge Menschen. Der AK Kommunalpolitik kann im Rahmen der Bildungsarbeit Musterpositionen bzw. Ansatzpunkte für Juso-Wahlkämpfe vor Ort entwickeln. Hierbei sollte das Thesenpapier des Landesverbandes zum Kommunalpolitischen Kongress eine gute Grundlage sein. Dazu wollen wir inhaltliche Veranstaltungen organisieren.

Der AK Kommunalpolitik muss bei kommunalpolitischen Themen Ansprechpartner für die AGen sein. Lokale Themen scheinen zunächst nur vor Ort von Bedeutung zu sein. Oft ist es aber so, dass die Kommunen gleiche Probleme haben oder bereits vor gleichen Problemstellungen standen. Hier müssen Netzwerke entstehen, um gegenseitig Erfahrungen austauschen zu können.

Die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) wird zurzeit novelliert. Welche Änderungen es gibt und was dies für die Arbeit vor Ort bedeutet, wollen wir mit Hilfe von externen Referenten aufzeigen und diskutieren. Neben den Musterbeispielen für die Wahlkämpfe in den Kommunen soll zudem eigenes Material für den Wahlkampf der Regionsversammlung geplant werden, jedoch kann dies erst geschehen, wenn die Themen der Regions-SPD feststehen. Die Wahlkampfmaterialien müssen in enger Zusammenarbeit mit dem SPD-Unterbezirk erstellt werden.

600 **Forum Arbeit und Wirtschaft**

Das arbeits- und wirtschaftspolitische Forum der Jusos in der Region Hannover soll Diskussionsrunden, Seminare und Vorträge zur Schulung der Jusos Region Hannover zum Themenkreis Wirtschaft und Arbeit vorbereiten und umsetzen. Daraus sollen Thesenpapiere entstehen, auf deren
605 Grundlage komplexe wirtschaftspolitische Zusammenhänge dargestellt und arbeitspolitische Konzepte entwickelt werden können. Die Ergebnisse der Diskussionsrunden sollen festgehalten und zur praktischen Umsetzung in Form konkreter Anträge an SPD-Gliederungen gegeben werden. Dabei stehen wir in kritischer Solidarität zur Partei und wollen so versuchen die
610 programmatische Ausrichtung der SPD nachhaltig zu verbessern. Im Rahmen eines Diskussionsforums wollen wir dabei unsere allgemeine Kompetenz in arbeits- und wirtschaftspolitischen Fragen weiter entwickeln. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, nicht nur zu kritisieren, sondern auch möglichst konkrete Alternativen aufzuzeigen und sie verständlich zu
615 erklären. Dabei wollen wir auf Referentinnen und Referenten von Verbänden und verschiedensten Partei- und Juso-Ebenen zurückgreifen, um neue Ideen aufzugreifen und sie in unsere Arbeit mit einzubeziehen. Diskussionsthemen werden beispielsweise das bedingungslose Grundeinkommen, die Neuordnung der internationalen Finanzmärkte und die künftige
620 Ausgestaltung der Leiharbeit sein. Vor dem Hintergrund aktueller Skandale um die extreme Überwachung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden wir uns auch mit der Frage nach neuen gesetzlichen Regelungen in diesem Bereich befassen.

Anträge

Satzungsänderungen

SATZUNGSÄNDERUNG 1) SPRECHERINNENRATSMODELL

5 Antragssteller: Juso Unterbezirksvorstand

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

Es wird ein neuer § 8 in die Satzung eingefügt:

10 **§ 8 [Abweichende Regelungen: SprecherInnenrat]**

(I) Abweichend von den Regelungen in § 5 Absatz 1 besteht der Unterbezirksvorstand aus einem SprecherInnenrat aus gleichberechtigten Sprecherinnen und Sprechern. Alle Aufgaben des Unterbezirksvorstandes entfallen auf den SprecherInnenrat. Die Unterbezirkskonferenz legt vor der
15 Wahl eine ungerade Anzahl von SprecherInnen fest.

(II) Der SprecherInnenrat beschließt über seine Geschäftsordnung und einen Plan zur Geschäftsverteilung. Der Plan zur Geschäftsverteilung enthält insbesondere Regelungen über:

- 20 1. die Verantwortlichen für die Einladung der Sitzungen des SprecherInnenrates und die Erstellung der Tagesordnung dieser Sitzungen,
2. die Vertretung des Unterbezirkes gegenüber der Partei,
3. die Vertretung des Unterbezirkes gegenüber des Juso-Bezirk und des Juso-Landesverbandes,
- 25 4. die Finanzverantwortliche oder den Finanzverantwortlichen gem. § 5 Absatz 3,
5. die Verantwortlichen für die Mitgliederbetreuung,
6. die Vertretung des Unterbezirkes gegenüber der Presse,
7. die Organisation der Emailverteiler und vergleichbarer Medien.

30 Der Plan zur Geschäftsverteilung wird dem AGen-Plenum mitgeteilt. Festlegung und Änderungen der Punkte 1.- 4. des Planes bedürfen der Zustimmung des AGen-Plenums. § 5 Absatz 2 Satz 4 findet Anwendung, insbesondere mit der Maßgabe, die Verantwortungen an möglichst viele SprecherInnen zu verteilen. § 5 Absatz 3 und 4 sind außer Kraft.

35 (IV) Die Regelungen der Absätze 1 – 2 gelten für die ordentlichen Unterbe-
zirkskonferenz 2010.

Es wird der alte § 8 als neuer § 9 in die Satzung eingefügt:

§ 9 [Schlussbestimmungen]

40 (1) Änderungen dieser Satzung bedürfen einer Mehrheit von mindestens
Zwei-Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Delegierten auf einer
Unterbezirkskonferenz.

(2) Bestehen Zweifel, ob ein Beschluss eines Gremiums gegen die Satzung
verstößt, so entscheiden gemäß § 11 Absatz 3 der Wahlordnung der SPD
die zuständigen Gremien des SPD-Unterbezirks über dessen Gültigkeit.

45 (3) Diese Satzung tritt am 27.03.2010 in Kraft. Alle vorangehenden Satzungen
der Jusos in der Region Hannover treten damit außer Kraft.

Begründung:

50 Zu § 8:

Eingefügt wird eine Regelung, die es ermöglicht einmalig den Vorstand der
Jusos in der Region Hannover durch einen gleichberechtigten SprecherInnenrat
zu leiten. Dabei werden bestehende Regelungen nicht angetastet,
dies erfordert die Schaffung eines neuen Paragraphen.

55 Absatz 1: Legt den Grundgedanken fest. Die Regelung sorgt für die Über-
tragung aller Aufgaben auf den SprecherInnenrat.

60 Absatz 2: Regelt die Struktur der zukünftigen SprecherInnenrate. Dies er-
scheint notwendig, da durch den Wegfall der klassischen Vorstandstruktur
die Aufgaben neu geordnet werden müssen. Dabei wird das AGen-Plenum
einbezogen um zu verhindern, dass eine Sprecherin oder ein Sprecher zu
viele oder gar alle Aufgaben auf sich vereint und so die Gleichberechtigung
der SprecherInnen unterläuft. Zudem wird sichergestellt, dass klare
Zuständigkeiten geschaffen werden und Entscheidungen nachvollziehbar
bleiben.

65 Absatz 3: Dieser Absatz setzt fest, dass die Regelung für den kommenden
Vorstand als Übergangsmodell gilt. In den nachfolgenden Jahren bleibt es
möglich, die Regelungen durch Satzungsänderung (2/3-Mehrheit) zu reakti-
vieren.

Zu § 9:

- 70 Der alte § 8 wird mit geringfügigen Änderungen zum neuen § 8. Dabei werden veraltete Regelungen (alter Absatz 3) gestrichen.

SATZUNGSÄNDERUNG 2) ÄNDERUNGSANTRAG ZU § 8 n.F.²
Antragssteller Juso Unterbezirksvorstand

75

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

1. Streichung des § 8 Absatz 2 Satz 4

Streiche in I. § 8 Absatz 2 Satz 4.

80

2. Längere Laufzeit des SprecherInnenratsmodells

Ersetze in I. § 8 Absatz 3 durch „Die Regelungen der Absätze 1 – 2 gelten für die ordentlichen Unterbezirkskonferenzen 2010 und 2011.“

85

Begründung:

Zu 1.:

Die Unterbezirkskonferenz ist gem. § 4 Absatz 1 der Satzung für den Juso-Unterbezirk Region Hannover das höchste beschlussfassende Gremium. Eine ihrer Kernkompetenzen ist die Beratung und Beschlussfassung über das Arbeitsprogramm, in dem u.a. auch die Aufgaben und wichtige Punkte zur Geschäftsverteilung des Unterbezirksvorstandes für das darauffolgende Jahr festgelegt werden.

Eine in § 8 Absatz 2 Satz 4 n.F. vorgesehene Regelung, durch die die Geschäftsverteilung in den Punkten Nr. 1 - 4 mit Zustimmung des AGen-Plenums festgelegt und jederzeit geändert werden könnte, würde einen entsprechenden Beschluss der Unterbezirkskonferenz negieren. Das AGen-Plenum wird dadurch vielmehr hierarchisch über die Unterbezirkskonferenz gestellt, deren Beschlüsse könnten aufgehoben und die Erledigung der im Arbeitsprogramm beschlossenen Aufgaben wäre von wechselnden Mehrheiten auf den AGen-Plenen abhängig. Eine Kontinuität und Gewährleistung der Aufgabenerfüllung ist somit nicht zu erzielen.

² n. F. = neue Fassung.

Die Zuständigkeiten und Kontrollfunktion des AGen-Plenums gem. § 4 Absatz 4 sowie die Bestätigung der/des Finanzverantwortlichen durch das AGen-Plenum gem. § 5 Abs. 3 werden durch Streichung des § 8 Abs. 2 Satz 4 n.F. nicht berührt.

Zu 2.:

Ziel der Übergangsregelung in § 8 n.F. ist es, durch die befristete Einführung eines gleichberechtigten SprecherInnenrates die aktuelle Konfliktlage im Unterbezirk zu beruhigen und den Weg in eine Zukunft der kooperativ-konstruktiven Zusammenarbeit zu beschreiten. Für eine entsprechende Konfliktlösung ist vermutlich jedoch ein längerer Zeitraum von bis zu zwei Jahren erforderlich, so dass eine Geltung des SprecherInnenratsmodells ausschließlich für die Unterbezirkskonferenz 2010 deutlich zu kurz greift.

Im Ergebnis ist deshalb die Fortgeltung des § 8 Absätze 1 - 2 für die Unterbezirkskonferenzen 2010 und 2011 erforderlich.

SATZUNGSÄNDERUNG 3) WEITERENTWICKLUNG DES VORSTANDES

120 *Antragssteller Juso Unterbezirksvorstand*

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

125 ***Ergänze im § 5 der Satzung der Jusos in der Region Hannover die folgenden Regelungen:***

130 ***(2) In den Unterbezirksvorstand gewählt ist, wer die einfache Mehrheit der gültigen abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang auf sich vereinigen kann. Im Übrigen wird gem. § 2 Abs. 1 dieser Satzung auf die Vorschriften des § 8 der Bundeswahlordnung der SPD verwiesen.***

135 (7) Der Unterbezirksvorstand tagt verbandsöffentlich. Der Ausschluss der Verbandsöffentlichkeit ist nur in Finanzfragen möglich, wenn die Nichtöffentlichkeit gesetzlich oder von der Partei angeordnet wird oder wenn erhebliche Persönlichkeitsrechte nur durch den Ausschluss der Verbandsöffentlichkeit geschützt werden können. Die Nichtöffentlichkeit ist für jeden Tagesordnungspunkt der sie betrifft zu entscheiden und im öffentlichen Protokoll zu begründen.

140 Die derzeitigen § 5 Absätze 2 – 5 werden neu nummeriert zu 3 – 6. Die Querverweise auf § 5 in der Satzung werden entsprechend geändert.

Begründung:

145 Die angestrebten Maßnahmen ergänzen die bestehenden Regelungen der Satzung. Sie gälte, so den beschlossen, für alle künftigen Vorstände, auch für etwaige SprecherInnenräte.

150 Der neue Absatz 2 soll sicherstellen, dass alle Mitglieder des Vorstandes zukünftig die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten müssen um gewählt zu werden. Dabei ist in jedem Wahlgang nur derjenige oder diejenige gewählt, der oder die dabei die Mehrheit der Stimmen erreicht. Dies gilt auch für den 2. und 3. Wahlgang. Diese Regelung kann die Legitimation der gewählten erhöhen. Derzeit sind alle KandidatInnen gewählt, die die relative Mehrheit, also die meisten Stimmen, erreicht.

155 Der neue Absatz 3 soll einen Streitpunkt der letzten Monate abschließend regeln. Umstritten war unter welchen Umständen Genossinnen und Genossen von Sitzungen ausgeschlossen und ohne sie diskutiert und entschieden werden kann. Die vorgeschlagene Regelung ermöglicht den Ausschluss von Genossinnen und Genossen nur dann, wenn die Partei (Stichwort Finanzen) oder Einzelne vor einer Öffentlichkeit zu schützen. Denkbar wären zum einen kritische Finanzinformationen oder Wahlkampfplanung der Partei die vor „Durchsickern“ zum politischen Gegner gesichert werden müssen. Denkbare Fälle der erheblichen Persönlichkeitsrechte wären zB der Rückzug einer Genossin oder eines Genossen aus Gründen wie Krankheit, Trauerfälle, persönlichen Finanzprobleme, Schwangerschaften und andere vergleichbare Themen. Der Ausschluss der Verbandsöffentlichkeit in allen anderen Fällen wird damit verhindert.

160

165

SATZUNGSÄNDERUNG 4) ALLE MÜSSEN STIMMEN DÜRFEN!
Antragsteller Jusos AG Seelze

5 Änderung der Satzung der Jusos in der Region Hannover: Alle müssen stimmen dürfen!

Die Jusos Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Die Satzung der Jusos in der Region Hannover wird wie folgt geändert:

§ 9³ wird zu § 10. Eingefügt wird ein neuer § 9:

10 § 9 Abweichende Regelung: Vollversammlung

(1) Für die Unterbezirkskonferenzen 2011 – 2013 gelten die nachfolgenden Regelungen.

15 (2) Abweichend von § 4 Absatz 1 und 2 tagt die Unterbezirkskonferenz als Vollversammlung. Alle Jusos in der Region Hannover gem. § 1 Absatz 2 Satz 1 und 2 sind stimm-, antrags- und redeberechtigt. Alle Regelungen, die Delegierte betreffen, sind für die Dauer des Absatzes 1 außer Kraft gesetzt.

20 (3) Abweichend von § 5 Satz 2 und 3 muss eine Ankündigung im Vorwärts und auf der Homepage des Jusos Unterbezirks erfolgen. Der Vorstand versendet mindestens vier Wochen vor der Konferenz eine Einladung an alle Jusos in der Region Hannover, die per Email erreichbar sind. Die Einladung enthält alle Informationen, wie das Antragspaket zu erhalten ist.

25 (4) Abweichend von § 4 Absatz 6 sind sämtliche Anträge spätestens drei Wochen vor der Konferenz auf der Homepage der Jusos Unterbezirks online zu stellen, per Email an alle Jusos in der Region Hannover die per Email erreichbar sind zu verschicken und im Kurt-Schuhmacher-Haus auszulegen.

30 (5) Abweichend von § 10 Absatz 1, bedarf es für eine Änderung dieser Satzung einer Zwei-Drittel Mehrheit der anwesenden Jusos aus der Region Hannover, mindestens aber 65 Stimmen.

Begründung:

³ Dieser Antrag geht davon aus, dass der Antrag zur Einführung eines SprechInnenratsmodells angenommen wird. In der jetzigen Satzung ist es § 8.

Zu 1:

35 Diese Änderung ist als Modellversuch gedacht. Um erkennen zu können, ob sich das Modell der Vollversammlung gegenüber einer Delegiertenkonferenz bewährt, ist es sinnvoll einen Zeitraum von drei Jahren zu wählen, um ausreichend Erfahrungen sammeln zu können.

Zu 2:

40 Wenn sich die Jusos in der Region Hannover als basisdemokratisch begreifen wollen, ist es nur konsequent und folgerichtig, das höchste beschlussfassende Gremium, die Unterbezirkskonferenz, als Vollversammlung einzurichten und somit sämtlichen aktiven GenossInnen Mitbestimmung in entscheidenden Fragen zu gewähren, unabhängig von der Zahl der Beitragszahler in ihrem Ortsverein.

45 Obwohl viele Jusos keine Parteimitglieder sind, berechnet sich die Delegiertenzahl ausschließlich an der Zahl der Beitragszahler, unabhängig von der Zahl der aktiven Juso-Mitglieder. Eine Bevorzugung von Ortsvereinen mit vielen inaktiven Beitragszahlern gegenüber Ortsvereinen mit vielen aktiven Juso-Gastmitgliedern wird durch die Abschaffung des Delegiertenmodells verhindert.

50 Die Aufhebung des Delegiertenmodells führt zu einer Aufwertung der aktiven GenossInnen. Mitbestimmungsmöglichkeiten steigern die Attraktivität politischen Engagements.

55 Wenn alle anwesenden Jusos stimmberechtigt sind, steht einer Entscheidung jeder bzw. jedes einzelnen allein nach ihrem bzw. seinem Gewissen kein Delegationszwang mehr im Weg. Eine Manipulation von Abstimmungsergebnissen durch die gezielte Beeinflussung von AG-Vorsitzenden kann hierdurch eingedämmt werden.

60 Quotendiskussionen um die Zusammensetzung von Delegationen erübrigen sich mit dieser Satzungsänderung, da keine Möglichkeit besteht, dass ein Mann einer Frau oder eine Frau einem Mann den Delegiertenplatz streitig macht. Alle JungsozialistInnen aus der Region Hannover erhalten völlig selbstverständlich die Möglichkeit sich zu beteiligen und mit zu entscheiden, eine Benachteiligung aufgrund des Geschlechts ist damit ausgeschlossen.

65 Es ist zu befürchten, dass es zu einer Schieflage zwischen den beiden höchsten Organen, der Unterbezirkskonferenz und dem AGen-Plenum kommt, wenn die Unterbezirkskonferenz durch ein Demokratiedefizit ge-

genüber dem ihr untergeordneten Plenum in den Augen der aktiven Jusos in der Region Hannover an Legitimität einbüßt.

- 70 Um das Verhältnis zwischen dem AGen-Plenum und dem UBV nachhaltig zu verbessern ist es sinnvoll dafür zu sorgen, dass die VertreterInnen der Jusos in der Region Hannover von allen GenossInnen, die auch auf dem AGen-Plenum stimmberechtigt sind, gewählt werden.

- 75 Derzeit kann der Juso-UBV den Modus für die Berechnung der Delegiertenanzahl selbst festlegen, was den Verantwortlichen theoretisch die Möglichkeit gibt, einen für die von ihnen gewünschten Stimmverhältnisse günstigen Delegiertenschlüssel auszuwählen. Um Machtsicherung zu unterbinden ist es sinnvoll den Unterbezirksvorstand nicht über die Zusammensetzung des ihn wählenden Gremiums entscheiden zu lassen.

- 80 Die Umstellung von der Delegiertenkonferenz auf die Vollversammlung stellt keine relevante finanzielle oder organisatorische Mehrbelastung des Juso-Unterbezirkes dar. Die Kosten der schriftlichen, postalischen Einladung entfallen und die so eingesparten Mittel stünden für die ggf. höhere Raummiete zur UBK zur Verfügung.

- 85 Zu 3:

- Um möglichst alle Jusos in der Region Hannover zu erreichen und gleichzeitig eine Kostenüberlastung zu verhindern, ist es notwendig auf die Einladung per Post und die Verschickung des Antragspaketes zu verzichten und das Internet zur Information der Mitglieder des Unterbezirkes zu nutzen.

- 90 Zu 4:

- Wenn sich einige Jusos, die nicht im Stande sind, das Antragspaket auszudrucken, noch rechtzeitig auf die UBK vorbereiten können sollen, müssen sie schnellstmöglich informiert werden. Da der Antragsschluss vier Wochen vor der Konferenz liegt, stellen 3 Wochen die längstmögliche Frist dar, wenn die ErstellerInnen des Arbeitsprogrammes die Möglichkeit haben sollen, sorgfältig zu arbeiten.

- Zu 5:

- 100 Laut bestehender Satzung wird eine 2/3-Mehrheit auf einer UBK benötigt, um eine Satzungsänderung vorzunehmen. Dies soll nicht angetastet werden. Die Mindestzahl von 65 Stimmen für eine solche Änderung soll ver-

hindern, dass kurzfristige Mehrheiten unter den anwesenden Jusos (z.B. auf Grund extremer Wetterverhältnisse) oder ein nur sehr kleiner Teil des
105 Unterbezirkes die Satzung beeinflussen können.

Arbeitsmarktpolitik

AR 1) PRAKTIKA PRAKTIKABEL MACHEN

Antragsteller Juso AG Nordstadt

- 5 **Der Juso Unterbezirk Region Hannover möge beschließen:**
Die SPD Region Hannover wird aufgefordert, grundsätzlich nur noch be-
zahlte Praktika anzubieten. Diese Regelung gilt ab einer Praktikumsdau-
er von sechs Wochen. Absolventen sollen grundsätzlich nicht mit Prakti-
kumsverträgen, sondern mit befristeten Arbeitsverträgen angestellt
10 **werden.**
Bestehende Praktikumsverhältnisse sind von dieser Regelung ausge-
schlossen.

Begründung:

- 15 Es kann nicht sein, dass die Partei einerseits einen Mindestlohn für alle
Beschäftigten fordert und andererseits ausbeuterische Arbeitsverhältnisse
in ihren eigenen Reihen forciert.
Diverse Absolventen finden nach dem Studium keinen Job und machen für
den lückenlosen Lebenslauf reihenweise unbezahlte Praktika. Unbezahlte
20 Praktika gehören abgeschafft, sowohl für Absolventen als auch für Studie-
rende als auch für allen anderen, die dafür ihre freie Zeit zugunsten eines
bezahlten Nebenjobs opfern, um auf dem Arbeitsmarkt bei Wirtschaftskri-
se und Regression zu bestehen. Die prekäre Situation der „Generation
Praktikum“ ist unverändert schlecht geblieben. Die SPD muss etwas für die
25 Verbesserung der Situation von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt tun,
anstatt unbezahlte Arbeit auszunutzen. Wir wollen eine Gesellschaft, in
der jede und jeder selbstbestimmt leben und arbeiten, sich persönlich
entfalten und ihre beziehungsweise seine individuellen Fähigkeiten voll-
ständig entwickeln kann. Deshalb setzen wir uns für Arbeit und Ausbil-
30 dung zu guten Bedingungen – und dazu gehört die Bezahlung von geleiste-
ter Arbeit – und sicherer Beschäftigung mit individuellen Entwicklungsp-
erspektiven ein.

Bildung, Wissenschaft und Jugend

B 1) BILDUNGSFÖDERALISMUS VERÄNDERN!

Antragssteller Arbeitskreis Bildung

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Wir fordern, dass

- 5 **1. der Föderalismus im Bildungssektor aufgehoben muss werden.**
- 2. national gleichwertige Abschlüsse nach jedem Schuljahr gibt, um**
 die innerdeutsche Mobilität zu erleichtern.
- 3. allen Länder, ihrem Bedarf entsprechend Gelder zugestellt wer-**
 den.
- 10 **4. eine gleiche Besoldung der Lehrenden in den Ländern zur Regel**
 wird.
- 5. die Lehramtsausbildung reformiert wird, sodass die Abschlüsse**
 zur Anstellung in allen Ländern befähigen.
- 6. es ein einheitliches Schulsystem in ganz Deutschland gibt.**

15

Begründung

Durch den Föderalismus im Bildungssektor haben die Schüler in Deutschland unterschiedliche Chancen.

Es fängt damit an, dass es keine einheitliche Grundschule gibt und danach
20 eine unterschiedliche Selektion der Schüler stattfindet. In einigen Ländern
entscheiden die Eltern, in anderen die Lehrer auf welche Schule das Kind
geht. Zum anderen kann man in den Ländern zwischen verschiedenen
Schulformen wählen, da man sich nicht einig ist welches Schulsystem in
Deutschland angewandt werden soll und ob es Gesamtschulen oder ähnli-
25 ches gibt.

Durch die unterschiedlichen Strukturen gibt es keine Einheitliche Lehr-
amtsausbildung und die Mobilität der Lehrer ist somit begrenzt.

Durch eine unterschiedliche Besoldung in den Ländern werden Lehrer aus
dem einen Land ins andere abgeworben und man hilft sich nicht gegensei-
30 tig bei Lehrermangel. Jedes Land ist für seine eigene Bildungspolitik ver-
antwortlich und möchte somit besser sein als die anderen Länder, dieser
Wettbewerb muss abgeschafft werden, dies auch im Sinne der Mobilität
der Schüler. Einige Länder können auf Grund ihres Haushaltes weniger
Mittel für die Bildung zur Verfügung stellen, was ein weiterer Grund für
35 die verschieden ausgestatteten Schulen ist.

Im Bildungssektor muss es eine gemeinsame Arbeit zwischen Bund und
Ländern geben. Es fehlen allgemeine Bildungs- und Leistungsstandards,
die kontinuierlich weiterentwickelt und geprüft werden müssen. Die Eva-
luation muss auf alle Bereiche des Bildungssystems ausgeweitet werden

B 2) KRANKES KIND ALS SPAROBJEKT – FÜR MEHR BESCHULUNG IN KRANKENHÄUSERN

Antragssteller Juso AG Südost, AK Bildung

5 **Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:**

- 10 1. Die Jusos fordern die Rücknahme des Erlasses des niedersächsischen Kultusministeriums, die Stundenzahl für die Beschulung von Kindern und Jugendlichen während eines Krankenhausaufenthaltes auf zwei Stunden zu reduzieren.
- 15 2. Die Jusos fordern die niedersächsische Landesregierung auf, die entsprechende Richtgröße auf mindestens 20 Stunden pro Woche zu erhöhen. Schülerinnen und Schüler sollen in dem Maße Unterricht erhalten können, welcher ihrer physischen und psychischen Belastbarkeit angemessen erscheint.

Begründung:

Das niedersächsische Kultusministerium legte am 16.09.2008 in den "Grundsätzen für die Beauftragung von Lehrkräften mit Krankenhausunterricht" in Ziffer 4 fest: "Bei der Festlegung der Stundenzahl ist von einer Richtgröße von 2,0 Std. pro Schülerin bzw. Schüler auszugehen. Einrichtungen, die derzeit über eine überproportionale Zuweisung verfügen, sind schrittweise behutsam an diese Richtgröße heranzuführen." Dies bedeutet, dass schulpflichtige Patientinnen und Patienten während eines Klinikaufenthaltes nur noch zwei Stunden Unterricht erhalten sollen. Für viele Kinder und Jugendliche heißt dies jedoch, aufgrund ihrer Erkrankung den schulischen Anschluß zu verlieren. Einerseits soll der Aufenthalt der Rekonvaleszenz dienen, andererseits wird durch mangelnden Unterricht ihre Zukunft gefährdet. Zudem wirkt sich dies auf die Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder stationär behandeln zu lassen, alles andere als förderlich aus. Das gilt speziell für die Kinder- und Jugendpsychiatrie, wo durch den Erlass das psychische Leid der Patientinnen und Patienten nur noch vergrößert wird.

35 Die scheinbar harmlose Formulierung, die Beschulung "schrittweise [...] an diese Richtgröße heranzuführen", bedeutet nichts anderes, als dass Kliniken mit einer höheren Versorgung keinen Ersatz für ausscheidende

LehrerInnen erhalten. Für die Göttinger Uniklinik würde dies eine Kürzung um mehr als 20% des Unterrichts bedeuten, Hildesheimer Kliniken müssten den stattfindenden Unterricht praktisch halbieren. Obwohl Niedersachsen bereits jetzt desaströs schlecht dasteht, will man noch weiter reduzieren. Krankenhäuser, die bis jetzt gut im schulischen Unterricht kranker Kinder und Jugendlicher dastehen, werden bestraft.

40
45 Wenn das Kultusministerium davon spricht, „vergleichbare Verhältnisse“ schaffen zu wollen, meint es damit, Deutschlands Schlusslicht zu werden. Spitzenreiter NRW bietet kranken Schülerinnen und Schülern an, mindestens 20 Stunden Unterricht pro Woche erhalten zu dürfen. Baden-Württemberg und Berlin tun dies mit immerhin 16 Wochenstunden. Niedersachsen will sein Angebot von acht auf zwei Stunden reduzieren und weist auf seine schlechte finanzielle Lage hin. Dies erscheint zweifelhaft, wenn man bedenkt, dass das „chronisch klamme“ Mecklenburg-Vorpommern die Beschulung an Kliniken kontinuierlich ausbauen und mehr darin investieren will. Streng genommen müssten niedersächsische Eltern umziehen, wenn sie die bestmögliche Versorgung für ihr Kind möchten.

Die Argumentation der Landesregierung beinhaltet auch die These, manche Kindern würden „nicht mal eine Stunde aushalten“. Damit unterschätzt man die Fähigkeiten sowie die Willensstärke kranker Kinder und Jugendlicher. Viele wollen sogar mehr Unterricht absolvieren als sie können / dürfen, um mit ihrer alten Klasse mithalten zu können. Statt diese Entwicklung zu fördern, diskriminiert der Erlass vor allem psychisch kranke Kinder und Jugendliche: bei einigen neurotischen und psychosomatischen Erkrankungen spielt Schule unter Umständen eine zentrale Rolle. Die Patientinnen und Patienten wieder in die Regelschule einzugliedern, ist somit unabdingbarer Teil der Therapie. Passiert dies nicht, bleiben / kommen möglicherweise Probleme für Lernen und Konzentration oder Schulängste. Für die Mehrheit der Kinder besteht kein Grund, nur zwei Stunden Unterricht pro Tag zu haben.

Zwar soll von dem Erlass abgewichen werden können, sofern die Klinik dies medizinisch und pädagogisch begründen könne, aber eine wirkliche Verbesserung der Situation gelingt nur, wenn die entsprechende Festle-

75 gung zurückgenommen und die Beschulung für erkrankte Kinder und Jugendliche erhöht wird. Niedersachsen muss seiner Verpflichtung gerecht werden, Unterricht nach individuellem Förderbedarf bereitzustellen. Tut es dies nicht, spielt es mit der Zukunft seiner Schwächsten.

B 3) MITBESTIMMUNG IN DER HOCHSCHULE SICHERSTELLEN

Antragsteller Juso AG Südstadt-Bult, AK Bildung

5 **Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen:**

1. **Wir fordern die SPD Fraktion im niedersächsischen Landtag dazu auf, die in § 5 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) festgeschriebene Beteiligung der Studierenden bei der Evaluation von Lehre und Studium mit Nachdruck an die Hochschulen heranzutragen.**

10

2. **Außerdem soll der Akkreditierungsrat nur solche Agenturen zuzulassen, die ausschließlich Studiengänge akkreditieren, die das Kriterium der Teilhabe der Studierenden am internen Evaluationsprozess konsequent erfüllen.**

15

Begründung:

Am 15.10.2009 beschloss die Kultusministerkonferenz (KMK) der Länder ein Papier mit dem Titel „Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses“. Dieses Papier geht auf die Forderungen des „Bildungsstreiks“ des Sommers 2009 ein und stellt fest, dass die mit dem Streik verbundenen Forderungen, unabhängig vom Zutreffen der Kritikpunkte für alle Hochschulen und Länder, eine „nicht unerhebliche Skepsis in Teilen der akademischen Öffentlichkeit hinsichtlich des Bologna-Prozesses“ (S.1) gebe. Die KMK hat mit der Zielsetzung adäquat und schnell auf die vorgebrachte Kritik zu reagieren elf Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung der Hochschulreform beschlossen. Diese elf Punkte sind ein Ansatz. Dieser Ansatz geht jedoch nicht weit genug. Lediglich eine Erörterung des Sachhalts reicht nicht aus, um die Situation an den Hochschulen für die Studierenden und auch Lehrenden zu verbessern. Es ist auffällig, dass die KMK keine konkreten Forderungen und Vorgehensweisen beschließt und in ihren Feststellung die Studierenden fast gänzlich außen vor lässt. So heißt es in der Einleitung, dass man „[...] die Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses gemeinsam mit den Hochschulen [...]“ (S.1) vorantreiben möchte. Je nach Interpretation ist nun die Frage, ob die Studierenden in dieser Aussage beinhaltet sind oder nicht.

35

Fakt ist: Studierende werden nicht explizit als Partner und Mitdiskutanten auf Augenhöhe für diesen Prozess genannt. Lediglich unter Punkt vier werden Studierende als Bestandteil der deutschen Hochschule und der zugehörigen Hochschulpolitik erwähnt: „Die KMK befürwortet die aktive

- 40 Einbeziehung der Studierenden in diesen qualitätsorientierten Weiterentwicklungsprozess“. (S.2).
- Diese „Befürwortung“ hat jedoch keine Bedeutung, da die Hochschulen in Niedersachsen durch das NHG dazu verpflichtet sind die Studierenden in die Evaluation zu integrieren. Die KMK beschließt weiter in dem Papier,
- 45 dass die Hochschule bei der Systemakkreditierung nachzuweisen hat, dass die inneren Qualitätssicherungsmechanismen geeignet sind, die Studierbarkeit des Studiums zu gewährleisten (S.2, Punkt sechs).
- Faktisch ist aus den Akkreditierungsberichten der ZEVA (Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover) und anderer Akkreditierungsagenturen ersichtlich, dass eindeutig bemängelt wird, dass Studierende
- 50 nicht in den Prozess der internen Evaluation einbezogen werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Universitäten und Fachhochschulen Akkreditierungsanträge an den Studierenden vorbei stellen und diese bewilligt werden, wenn das Gesetz den Dialog mit Studierenden vorschreibt.
- 55 Wir fordern daher die konsequente Umsetzung des § 5 des NHG und die damit verbundene verpflichtende Kommunikation der Hochschulen mit ihren Studierenden.

B 4) HOCHSCHULLEHRE VERBESSERN!

Antragsteller Juso AG Südstadt-Bult, AK Bildung

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

5 **Die niedersächsische Landtagsfraktion der SPD wird angehalten, sich für die Verbesserung der Lehre an den niedersächsischen Hochschulen einzusetzen. Wir fordern:**

10 **1. Mehr HochschuldozentInnen und eine Aufstockung des Verwaltungspersonals. Die Anzahl der in der universitären Lehre tätigen Wissenschaftlern muss mindestens wieder auf den Stand vor dem im Jahre 2004 begonnenen Stellenabbau der schwarz-gelben Landesregierung gebracht werden.**

15 **2. Verpflichtende Schulungen der HochschuldozentInnen: Die Promotions- und Habilitationsordnungen sollen dahingehend geändert werden, dass Kurse für Didaktik, und Methodik verpflichtend in die Vorgaben mit eingebaut werden und entsprechende Kurse von den Hochschulen dazu angeboten werden. Dazu gehören auch psychologische Grundlagen, Rhetorik und spezifische Fachdidaktik. Außerdem müssen HochschuldozentInnen dazu verpflichtet werden, jährlich an Fortbildungsseminaren zur Fachdidaktik teilzunehmen, diese sollten insgesamt mindestens 40 Stunden umfassen. Gleiches gilt auch für Lehrbeauftragte und alle anderen in der Lehre tätigen DozentInnen, diese sollen zu Beginn ihrer Tätigkeit an Hochschulen eine Grundausbildung in der Lehrvermittlung (Didaktik und Methodik) erhalten und vertraglich dazu verpflichtet werden auch an den jährlichen Seminaren zur Fachdidaktik teilzunehmen.**

20

25

Begründung:

30 Es müssen mehr DozentInnen an den niedersächsischen Hochschulen eingestellt werden, um die derzeitigen Studienbedingungen zu verbessern, denn überfüllte Seminarräume und der Mangel an ausreichend Sprechstunden gehören zum studentischen Alltag und sind nicht förderlich für ein erfolgreiches Studium. Nicht nur der bundesweite Bildungsstreik im

35 Juni und November 2009 hat deutlich die miserablen Verhältnisse an deutschen Hochschulen thematisiert. Ebenso attestieren internationale Studien Deutschland schlechte Noten in dem „Schulfach“ Chancengleichheit im Bildungssystem, Versetzung gefährdet.

40 Doch nicht nur die gleichen Zugangschancen für den bestmöglichen Bildungsabschluss müssen für alle hergestellt werden, sondern auch die bestmöglichen Bedingungen müssen in den jeweiligen Bildungseinrichtun-

gen herrschen, nicht nur von der Infrastruktur und Ausstattung sondern insbesondere vom Personal: Für das Erreichen eines Hochschulabschlusses ist eine fachgerechte Lehre durch die HochschuldozentInnen unabdingbar. Um sicherzustellen, dass diese gewährleistet ist, müssen die DozentInnen jedoch deutlich mehr als bisher in Didaktik und Methodik geschult werden. Die Hauptaufgabe der im Land Niedersachsen angestellten Hochschuldozenten besteht laut Hochschulgesetz sowohl in der Forschung, als auch in der Lehre. Die Praxis an den Hochschulen zeigt jedoch, dass die DozentInnen oftmals didaktisch ungenügend geschult sind und dadurch den Lernstoff und ihr Fachwissen nicht optimal vermitteln können. Die Lehre leidet darunter und dementsprechend auch die Studierendenschaft. Zudem muss die methodisch-didaktische Schulung auch fachspezifisch durchgeführt werden, damit das zu lehrende Fachwissen noch besser an die Studentinnen und Studenten vermittelt werden kann. Aus diesem Grund sollen entsprechende Seminare für die in der Hochschullehre tätigen DozentInnen verpflichtend angeboten werden.

Europapolitik

EU 1) EIN STANDORT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTES UND GRÜNDUNG EINER EUROPAUNIVERSITÄT IN STRAß- BURG

5 *Antragsteller Juso AG Südost*

**Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Mitglieder der
SPD im Europäischen Parlament weiterleiten:**

- 10 **1. Die Jusos sprechen sich für die Abschaffung des zweiten Tagungs-
ortes des Europäischen Parlamentes in Straßburg aus.**
- 2. Die Mitglieder der SPD im EP werden aufgefordert sich für eine
Änderung der entsprechenden Verträge einzusetzen.**
- 15 **3. Am Standort Straßburg soll eine Universität mit europäischem
Schwerpunkt in Bildung, Personal und Sprache gegründet wer-
den.**

Begründung:

Das Pendeln zwischen zwei Parlamentsstandorten sowie die Unterhaltung
eines doppelten Betriebes widerstreben sowohl ökologischen als auch
20 finanziellen Standpunkten. Das Europäische Parlament hat eine Vorbild-
funktion. Viele Beschlüsse zu Umweltmaßnahmen, insbesondere zur Re-
duzierung des CO₂-Ausstoßes, sind gefasst worden und die Konjunkturla-
ge der letzten Monate belastet den europäischen Haushalt zusätzlich.
Trotzdem reisen regelmäßig 785 Abgeordnete, deren Mitarbeiter und
25 ca.1800 Parlamentsangestellte plus die Mitarbeiter der anderen europäi-
schen Institutionen von Belgien nach Frankreich. Die Abgeordneten sind
rechtlich verpflichtet 12 Mal pro Jahr für Plenarsitzungen in Straßburg zu
Tagen. Also rund 48 Tage. Über 300 Tage im Jahr steht das Parlamentsge-
bäude leer. Alleine die Betriebskosten für den zweiten Standort in Straß-
30 burg belaufen sich laut einer EU-Studie auf 200 Millionen Euro. Die Reise-
kosten dürften sich auf ähnlichem Niveau befinden. Das Pendeln verur-
sacht jährlich einen CO₂ Ausstoß von 20.000 Tonnen. Nebengebäude in
Straßburg sind mit Asbest belastet. Brüssel ist der europäische Mittel-
punkt. Ausschüsse, Fraktionen, sonstige parlamentarische Gremien tagen
35 hier. Das Plenum des Europäischen Parlaments ist hauptsächlich dort.
Brüssel ist auch Sitz von Rat und Europäischer Kommission. Umfragen un-
ter den Europaabgeordneten zeigen, dass diese selbst einen einheitlichen
Sitz in Brüssel bevorzugen. Das Europäische Parlament ist jedoch das ein-
zige Parlament in der Europäischen Union, das nicht selbst über seinen
40 Sitz entscheiden darf. Die Mitgliedsstaaten zahlen jährlich etwa 235 Euro
pro Einwohner in den Haushalt der EU. Dies bedeutet, dass über 850.000

Bürgerinnen und Bürger der EU alleine die Betriebskosten des zweiten Standortes zu tragen haben. Diese Fakten stärken unter der Bevölkerung, die durch ihre Steuergelder die Ausgaben refinanziert, nicht gerade die Akzeptanz oder Beliebtheit von Europa. Viele Europaabgeordnete halten den Standort Straßburg besonders geeignet für den Sitz einer Europa-Universität. Die Gründungskosten der Universität dürften durch die Kosteneinsparungen aufzubringen sein. Auch wenn dieser Zustand mit Zustimmung Frankreichs zu ändern ist, muss doch versucht werden dies zu erreichen. Alleine um Stellung zu beziehen.

EU 2) EU-PROGRAMM FÜR PLASTIKFISCHER

Antragsteller Juso AG Nordstadt

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

5 „Plastik in den Meeren ist ein Problem. Die ökologischen und ökonomischen Folgen sind nicht abzuschätzen. Daher machen wir Jusos uns für die Bekämpfung dieses Problems stark.

10 Konkret fordern wir, dass Häfen zukünftig verpflichtet werden Plastikabfälle abzunehmen. Dabei ist vorzuschreiben, dass in allen Häfen der Europäischen Union in denen Berufsfischer regelmäßig anlegen die Infrastruktur zur Löschung von Plastikfunden von Fischern zur Verfügung steht. Den Fischern ist ein entsprechender Unkostenbeitrag mit den Hafengebühren zu verrechnen oder auszuführen. Die Finanzierungslücke, die den Häfen dabei entsteht, ist durch Gemeinschaftsmittel auszugleichen. Eine fachgerechte Entsorgung ist sicherzustellen.

Begründung:

20 Insbesondere durch Flüsse und das Überbordwerfen von Müll auf Schiffen gelangen ständig neue Plastikteile in die Weltmeere. Durch Erosion werden diese Stoffe nach und nach kleiner und gelangen schließlich in die Nahrungskette, so dass letztlich auch der Mensch und seine Nutztiere betroffen sind. Zudem verenden Tiere an größeren Plastikteilen, wenn sie diese fressen oder an Tüten o.ä. ersticken. Plastik verrottet deutlich langsamer als viele andere Stoffe, dadurch entschärft sich das Problem nicht durch Zeitablauf.

25 Fischer „fangen“ bereits heute täglich etliche Tonnen Plastik. Ohne die Möglichkeit der Entsorgung, bzw. ohne ökonomischen Anreiz diese Funde in den Häfen zu entsorgen, landen die gefundenen Stoffe größtenteils wieder im Meer. Diese Kette zu durchbrechen ist Ziel des Antrages.

30 Die italienische Umweltorganisation Legambiente schätzt, dass mit einem solchen Verfahren nach 6 Jahren und bei den derzeit 2,8 Millionen in der Union registrierten Fischerbooten der Großteil der Plastikteile im Größenbereich der Netze aus den europäischen Fanggebieten gefischt werden können.

EU 3) FRONTEX UMBAUEN – DAS STERBEN STOPPEN!

Antragsteller Juso AG Nordstadt

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

5 Wir, die Jusos in der Region Hannover, fordern:

Das Ende der Abschottung Europas durch die Beschränkung der Zuwanderung auf hoch ausgebildetes Personal. Stattdessen fordern wir eine Zuwanderung aus Drittländern die die europäischen Bevölkerungszahlen mäßig ansteigen lassen. Das Sterben an den Grenzen Europas muss aufhören. Frontex darf nicht Boote abdrängen oder Menschen ohne rechtliches Gehör in Drittstaaten abschieben. Wir fordern daher insbesondere:

- 15 • Die sofortige Beendigung der Einsätze von Frontex im Mittelmeer, wenn diese Einsätze zum Ziel oder zur Folge haben, dass Menschen in Booten abgedrängt, abgeschreckt oder anders in Gefahr gebracht werden.
- Die Prüfung der bisherigen Vorfälle durch die jeweils zuständigen Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden.
- 20 • Die Auflösung der Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten, Frontex und den nordafrikanischen Staaten die zum Ziel oder zur Folge haben, dass Frontex oder Polizei oder Militärkräfte der Mitgliedstaaten außerhalb der Hoheitsgebiete der Mitgliedsstaaten Patrouillen oder ähnliche Maßnahmen durchführen können.
- 25 • Die von Migrationszentren in den spanischen Enklaven Ceuta und Mellila, sowie ein Abkommen mit Marokko und dessen Anrainerstaaten, das sicherstellt, dass alle Flüchtlinge diese Migrationszentren erreichen können. In den Migrationszentren muss neben der Möglichkeit einen Asylantrag zu stellen auch die Möglichkeit bestehen, legal nach Europa zu kommen.
- 30 • Die Rücknahme von Straftatbeständen bei der Hilfe von Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Gemeinschaft.
- Eine Amnestie in der Form einer Daueraufenthaltserlaubnis für alle Menschen in Europa, die bisher über keine Solche verfügen

Für Deutschland fordern wir zudem:

- 35 • Die Abschaffung der Residenzpflicht, des Arbeitsverbotes und der Kasernierung in „Asylbewerberheimen“. Zudem die Anwendung des SGB XII bzw. SGB II („Hartz IV“) für alle Menschen, unabhängig von ihrer Nationalität.

Begründung:

40 Erfolgt mündlich.

Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik

F 1) ADOPTIONSRECHT FÜR LEBENSPARTNERSCHAFTEN

Antragsteller Projekt Gleichstellung

5 **Die Jusos in der Region Hannover fordern:**

Das gemeinsame Adoptionsrecht für alle Paare, unabhängig davon, ob gleichgeschlechtlich oder nicht, die in einer andauernden Partnerschaft miteinander leben. Dazu ist von der SPD Bundestagsfraktion eine entsprechende Änderung der §§°1741°ff.°BGB in den Bundestag einzubringen.

10

Begründung:

Bei jeder Adoption steht zunächst das Kindeswohl im Vordergrund. Die bestehende Regelung, die die gemeinsame Adoption nur durch Ehepaare vorsieht, geht davon aus, dass die Ehe ein besonders stabiles Umfeld für Kinder bietet, da nur bei verheirateten Paaren von einer andauernden Beziehung ausgegangen werden könne. Da in Deutschland jedoch mittlerweile fast die Hälfte aller Ehen geschieden werden, was für die sich in solchen Familien befindenden Kinder immer mit viel emotionalem Stress verbunden ist, lässt sich diese Annahme jedoch widerlegen. Ob eine Partnerschaft von Dauer sein wird oder nicht, kann nicht danach beurteilt werden, mit welchem rechtlichen Status sie ausgestattet ist.

15

20

Ein weiterer Aspekt, der bei der Frage des Adoptionsrechts eine Rolle spielt, ist die selbstbestimmte Lebensplanung der Adoptierenden. Bleibt das gemeinsame Adoptionsrecht weiterhin nur verheirateten Paaren vorbehalten, so werden unverheiratete Paare, die aus gesundheitlichen Gründen keine gemeinsamen Kinder bekommen können, automatisch zum Heiraten gedrängt. Für homosexuelle Paare bedeutet die Regelung dagegen sogar einen völligen Ausschluss vom gemeinsamen Adoptionsrecht, da es für sie in Deutschland nach wie vor keine Möglichkeit zu heiraten gibt und im BGB für eingetragene Lebenspartnerschaften keine gemeinsame Adoption vorgesehen ist.

25

30

F 2) GLEICHE RECHTE FÜR GLEICHE PFLICHTEN!

Antragsteller Juso-AG NordWest, Projekt Gleichstellung

5 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

1. Wir fordern alle Gliederungen der Partei auf gemeinsam für eine echte Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe zu streiten.
 2. Insbesondere wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert einen Gesetzentwurf in den Bundestag einzubringen, der
 - 10 a. eingetragenen Lebenspartnern eine „Fremdkindadoption“ ermöglicht,
 - b. Ungleichheiten im Einkommensteuerrecht beseitigt,
 - 15 c. Ungleichheiten im Erbrecht und der Erbschaftssteuer beseitigt,
 - d. Ungleichheiten im Beamtenrecht beseitigt
 - e. das Standesamt als einheitliche Stelle für die Schließung von eingetragenen Lebenspartnerschaften vorsieht.
 3. Weiterhin werden alle Gliederungen der SPD aufgefordert sich für eine Erweiterung des Art. 3 III GG um den Punkt der sexuellen Orientierung einzusetzen.
- 20

Begründung:

25 Im Jahr 2001 legte die damalige Rot-Grüne-Regierung mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) einen kleinen Grundstein für die Gleichstellung von Homosexuellen. 2005 wurde das LPartG dann überarbeitet. Leider ist eine vollständige Gleichstellung noch nicht erfolgt. Während eingetragene Lebenspartnerschaften zwar in den Pflichten der Ehe gleichgestellt sind, bestehen in einigen Rechtsgebieten noch massive Ungleichheiten. Diese sind durch kein sachliches Argument zu rechtfertigen. Homosexualität ist keine Krankheit oder eine bewusste Lebenseinstellung, sondern etwas ganz natürliches. Deshalb sollte der Weg, der 2001 eingeschlagen wurde konsequent weiterverfolgt werden und eine Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe in allen Bereichen nun
35 auch endlich umgesetzt werden.

F 3) GLEICHSTELLUNG FÖRDERN – GERECHTIGKEIT SCHAFFEN!

Antragsteller: Juso AG Südstadt-Bult

5 **Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:**

**Die niedersächsische Landtagsfraktion der SPD wird dazu aufgefordert sich für mehr betriebsinterne Transparenz von Gehältern einzusetzen: Auf Anfrage beim Betriebs- oder Personalrat sollen ArbeitnehmerInnen eine Angabe darüber erhalten können, welche Löhne und Gehälter in
10 ihrer Abteilung bezahlt werden für Personen mit ähnlicher Qualifikation und Dauer der Betriebszugehörigkeit. Die Angaben werden ausschließlich entpersonalisiert und betriebsintern mitgeteilt und sind vertraulich zu behandeln. Die Rechte der Betriebs- und Personalräte müssen entsprechend dahingehend ausgebaut werden, dass sie für diese Aufgaben
15 zukünftig befugt sind.**

Begründung:

Auch im 21. Jahrhundert ist das Ziel der Gleichstellung noch nicht erreicht. Trotz enormer Anstrengungen der SPD ist die geschlechtsspezifische Be-
20 nachteiligung noch nicht gestoppt; weiterhin werden Frauen in vielen Betrieben schlechter bezahlt als Männer in vergleichbaren oder sogar gleichen Positionen. Laut verschiedener Quellen beläuft sich der Gehaltsunterschied gemittelt auf etwa 22%. Dem muss Einhalt geboten werden.
Durch eine betriebsinterne Offenlegung von Gehältern würde diese Unge-
25 rechtigkeit offenkundig und besser zu bekämpfen. Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, aber auch geschlechtsintern sollten begründungspflichtig sein. Aus diesem Grund müssen die Betriebs- und Personalräte (oder vergleichbare Gremien) auf Anfrage von Arbeitnehmern das Gehalt einer in vergleichbarer Position arbeitenden Arbeitskraft offen le-
30 gen.

Gesundheitspolitik

G 1) HÄNDE AUS DEN HOSENTASCHEN! - ERSTE HILFE STÄRKEN

Antragsteller Juso AG Südost

5

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:

1. Die Jusos fordern die Integration des verpflichtenden Themenkomplexes "Erste Hilfe" in den Biologieunterricht aller weiterführenden Schulen. Hierbei sollen die notwendigen Grundlagen vermittelt und mindestens aller zwei Jahren im Rahmen des Unterrichts aufgefrischt werden. Es ist sicherzustellen, dass dies auch bei Schülerinnen und Schülern erfolgt, die nicht das Fach Biologie belegt haben. Die für die Vermittlung des Themenkomplexes zuständigen Lehrerinnen und Lehrer haben sich jährlich diesbezüglich fortzubilden. Alternativ könnten auch Dozenten von kurs anbietenden Organisationen eingeladen werden. Grundschülerinnen und Grundschülern ist zumindest die korrekte Abgabe eines telefonischen Notrufs zu vermitteln.
2. Die Einrichtung von schulischen wie außerschulischen Arbeitsgemeinschaften zum Thema "Erste Hilfe" ist durch die entsprechenden Bildungsträger zu fördern.
3. Die verpflichtende Teilnahme an einem Erste Hilfe-Lehrgang wird auf alle Führerscheinklassen – unter Abschaffung des Kurses "Lebensrettende Sofortmaßnahmen" - erweitert.
4. Personen, die nicht der allgemeinen Schulpflicht unterliegen, sind gesetzlich verpflichtet, mindestens aller fünf Jahre an einem Erste Hilfe-Kurs teilzunehmen, sofern dies ihre gesundheitliche Verfassung zulässt. Angehörige medizinischer Berufe sind hiervon ausgenommen. Die Kosten tragen Bund und Länder. Bei Zuwiderhandlungen ist ein Bußgeld zu verhängen.
5. Anbieter entsprechender Schulungen sind regelmäßig hinsichtlich der Ausbildungsqualität und -aktualität zu überprüfen sowie ihre Zulassung an strenge Kriterien zu knüpfen. Weiterhin sollen sie angehalten werden, die Gewichtung der Inhalte innerhalb der Kurse regelmäßig kritisch zu hinterfragen.

Begründung:

Die Ersthelferin und der Ersthelfer sind ein unverzichtbares Glied innerhalb der Rettungskette. Wenn sie / er im entscheidenden Moment richtig und entschlossen handeln, kann man selbst mit einfachsten Maßnahmen

Leben erhalten. Doch nur zu oft sind unzureichende Kenntnisse oder die Furcht vor falschem Handeln am Unglücksort präsent. Nach einer Studie der Charité erkannten zwar zwei Drittel der Ersthelfer einen Herz- oder Atemstillstand, doch gerade einmal ein Achtel leitete eine geeignete Reanimation ein. Dabei ist Handeln geboten: bei Herzmuskelflimmern (Kammerflimmern) - bei dem das Herz kein Blut in die Gefäße des Körpers auswirft und damit das versorgte Gewebe nicht mit Sauerstoff versorgt wird – sinkt die Reanimationswahrscheinlichkeit pro Minute um knapp zehn Prozent. Bleibt das menschliche Gehirn für nur drei Minute ohne Blutversorgung, fangen Gehirnzellen an, unwiderruflich abzusterben. Doch obwohl die Anfahrtszeiten von Rettungsfahrzeugen in Deutschland vergleichsweise niedrig sind, hat selbst in städtischen Gebieten ein Patient / eine Patientin manchmal keine Chance, zu überleben. Eine fundierte Erste Hilfe-Ausbildung kann Leben retten. Hier muss man schon im Unterricht ansetzen. Der Biologieunterricht bietet hier eine sinnvolle Integrationsstelle für den Themenkomplex. Schülerinnen und Schüler sollen hierbei elementare Grundlage über Maßnahmen am Notfallort erhalten und sie regelmäßig wiederholen. Auf diese Weise können lebenswichtige UND lebensrettende Kenntnisse erlangt und aufgefrischt werden. Nur so kann gewährleistet sein, dass sie auch im Bewusstsein bleiben. Die Vermittlung obliegt entsprechend ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern oder alternativ Kursleitern anbietender Organisation (z.B. DRK, ASB oder Johanniter), die durch die Schulen einzuladen sind. Hierdurch garantiert man, dass bereits Jugendliche im Ernstfall sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen wissen. Da man dies bei Grundschülerinnen und Grundschüler wohl nur in eingeschränktem Maße erwarten kann, sollen sie wenigstens erlernen, wie man einen Notruf tätigt und was dabei zu beachten ist. Interessierte Kinder und Jugendliche sollten dabei unterstützt werden, ihre Kenntnisse im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften zu vertiefen sowie diese an ihre MitschülerInnen weiterzugeben. Doch oft sind Kenntnisse auch ungenügend und zu oberflächlich. Eine Lösung wäre die Abschaffung des Kurses “Lebensrettende Sofortmaßnahmen”. Stattdessen sollen FahranfängerInnen dazu verpflichtet werden, an einem klassischen Erste Hilfe-Kurs teilzunehmen. Schon aufgrund der höheren Zeitdauer (8 Doppelstunden zu je 90 Minuten) kann intensiver auf Inhalte eingegangen sowie praktische Fertigkeiten stärker trainiert werden. Einen Erste Hilfe-Kurs müssen bisher nur FahrzeugführerInnen der Führerscheinklassen C, CE, C1, C1E, D, DE, D1 und D1E absolvieren. Allerdings endet die “Pflicht zu helfen” nicht nach dem Schulabschluss. Nach Angaben des Deutschen Roten Kreuzes absolvierten 80% der Deutschen einen Ersthilfekurs. Problematisch ist jedoch,

dass dieser im Durchschnitt 15 Jahre zurückliegt. Was man in regelmäßigen Abständen trainiert wird, ist leichter reaktivierbar. Deswegen sollen
85 alle BürgerInnen dazu verpflichtet werden, wenigstens alle fünf Jahre einen entsprechenden Lehrgang zu absolvieren. Gerade für Seniorinnen und Senioren ist das wichtig: sie sind am wahrscheinlichsten von lebensbedrohlichen Notfällen betroffen, ihre Teilnahme an entsprechenden Kursen stellt jedoch eine außerordentliche Rarität dar. Sie sollen ebenfalls an
90 diesen Kursen teilnehmen, sofern dies ihre gesundheitliche wie psychische Verfassung zulässt. Letztere Bedingung muss natürlich auch für Nicht-Senioren gelten. Da es eine staatliche Pflicht sein sollte, für eine möglichst fundierte Ausbildung seiner BürgerInnen in dieser Hinsicht zu sorgen, sollen die Kosten aus Bundes- und Landesmitteln getragen werden. Mit
95 diesem Prinzip wird auch einer Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz der Pflichtregelung Rechnung getragen. Doch auch die Erste Hilfe-Kurse selbst zeigen eine Verbesserungsnotwendigkeit: der Anteil korrekt ausgeführter Maßnahmen lag auch nach einem absolvierten Kurs bei lediglich
100 63%. Korrekturmöglichkeiten sind ein früherer Ausbildungsbeginn, eine regelmäßige Wiederholung von Kursen sowie eine höhere Fokussierung auf kardiopulmonale Notfälle (Notfälle des Herz-Kreislauf-Systems). Nur 10% der Notfälle sind Unfälle, viele Noteinsätze beruhen hingegen auf Problemen von Herz und Lunge sowie Schlaganfällen. Diesen Themen bleibt innerhalb der Lehrgänge oft zu wenig Raum. Deshalb sollen die Anbieter Themengewichtungen in regelmäßigen Abständen kritisch prüfen und gegebenenfalls nachbessern. Viele Laien vergraben leider die Hände
105 in den Hosentaschen, nachdem sie die Rettungsleitstelle angerufen haben. Doch selbst das zeigt Verbesserungsbedarf: nur 53% der primären Notrufe erreichen direkt die Rettungsleitstelle. Findet man einen Menschen bewusstlos am Boden liegend vor, muss man handeln, auch wenn man Angst vor Fehlern hat. Denn schlimm ist nur ein Fehler: nichts tun.
110

G 2) MEHR VERANTWORTUNGSVOLLES HANDELN – REFORM DES ORGANSPENDERECHTS

Antragsteller Juso AG Südost

- 5 **Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:**
1. **Die Jusos fordern die Reform des Transplantationsrechts im Hinblick auf die Einführung der Zustimmungsregelung bei Organspenden. Kern der Regelung ist die Notwendigkeit des ausdrücklichen Widerspruchs einer Spenderin oder eines Spenders gegen die Organentnahme. Widerspricht sie oder er nicht, sind die Organe zur Transplantation freigegeben. Dies soll sich nur auf Personen erstrecken, die dazu in der Lage sind, ihr Selbstbestimmungsrecht selbstständig auszuüben und noch nicht volljährig sind. Der entsprechende Widerspruch wird dabei in einem bundesweiten Register vermerkt.**
 2. **Aufklärungskampagnen über den Themenkomplex „Organspende / Transplantation“ sind zu intensivieren. Das Problem muss zudem verpflichtend im Unterricht aller weiterführenden Schulen behandelt werden.**
 3. **Patientinnen und Patienten im Besitz einer Patientenverfügung sollten darauf hingewiesen werden, im Falle der Entscheidung gegen lebensverlängernde Maßnahmen den alleinigen Hirntod davon auszuschließen. Ansonsten würde dies einen irreversiblen Verlust potenzieller Spenderorgane bedeuten.**

Begründung:

Aktuell warten rund 12. 000 Frauen und Männer in Deutschland auf ein Spenderorgan. 2007 wurden beispielsweise allerdings nur 1313 Organe transplantiert – ein deutliches Missverhältnis. Dies ist einer der Gründe, warum im vergangenen Jahr etwa tausend Patienten, die auf der Warteliste standen, verstarben. Nur rund ein Drittel der Personen, die überhaupt auf sie gesetzt werden, erhalten ein Spenderorgan. Fest steht: Deutschland hinkt in Sachen Spendebereitschaft deutlich hinterher. Laut einer Umfrage des Forsa- Instituts würden 67 Prozent der BürgerInnen einer Organentnahme im Falle eines Hirntodes zustimmen, einen Organspendeausweis besitzt allerdings nur jede(r) Achte. Die Zahl der SpenderInnen sank von 16 auf 14,6 Personen pro eine Million EinwohnerInnen – ein Fakt, der nicht wirklich in Korrelation mit weniger Verkehrstoten steht. Im vergangenen Jahr lag sie laut DSO (Deutsche Stiftung Organ-

spende) auf dem niedrigsten Wert seit 2004. Die Zahl derjenigen, die sich bewusst mit dem Thema wirklich auseinandergesetzt haben und eine Entscheidung trafen, ist gering. In Deutschland wird gegenwärtig die erweiterte Zustimmungslösung praktiziert: ein(e) potenzielle(r) SpenderIn muss
45 ausdrücklich schriftlich (z.B. Organspendeausweis) oder in anderer Form ihre / seine Spendebereitschaft mitteilen. Liegt dies nicht vor, müssen die Angehörigen entscheiden, ob die Organe des Hirntoten gespendet werden sollen. Verneinen sie dies, erfolgt keine Entnahme. Angehörige werden in einer der schwierigsten denkbaren Situation – dem Verlust eines Familienmitglieds – in die Lage versetzt, eine hochkomplexe Entscheidung zu treffen, mit der sie den mutmaßlichen Willen des Verstorbenen widerspiegeln sollen. Doch das gelingt nur sehr unsicher: nicht einmal die Hälfte der potenziellen SpenderInnen gehen davon aus, dass ihre Familie über ihre Spendebereitschaft Kenntnis besitzt. Überhaupt hat nur ein Viertel
50 derer, die tatsächlich gespendet haben, ihr Einverständnis vor dem Ableben gegeben. Alle anderen SpenderInnen kommen durch eine hoch schwierige Entscheidung der Familienangehörigen zustande. Auch die Erklärungsform selbst ist problematisch: ein zu kleiner Teil der Bevölkerung hat einen Organspendeausweis, trotz hoher Spendebereitschaft. Grund ist das eher bürokratische Verfahren, sich erst einen Spendeausweis besorgen zu müssen. Allerdings trägt auch dazu bei, dass es nachwievor ein Tabuthema ist, sich mit der eigenen Sterblichkeit zu beschäftigen. Vor allem aus diesen Gründen fordert nicht nur der Nationale Ethikrat die Einführung der “Widerspruchsregelung”: erfolgt kein expliziter Einspruch zu
60 Lebzeiten, werden der / dem potenziellen SpenderIn Organe zur Transplantation entnommen. Weder das Einverständnis, noch ein Einspruch müssen begründet werden. Diese Regelung drängt niemandem eine Organentnahme auf. Es kann jedem Menschen zugemutet werden, sich darüber Gedanken zu machen, ob sie / er im entsprechenden Fall die Entnahme seiner Organe nach einem Tod gutheißen würde. Tut jene/-r dies nicht, so hat sie / er die Möglichkeit, Einspruch einzulegen. Die Wirksamkeit der Regelung ist bewiesen: Forscher Universität York wiesen in einer Veröffentlichung im British Medical Journal nach, dass die Zahl der Spenderorgane um 25 bis 30 Prozent deutlich gesteigert wird. Großbritannien verfügt über die deutsche Regelung, in Ländern wie Österreich, Belgien oder Spanien gilt die Widerspruchslösung. Jedoch kommen auf eine Million Einwohner in Großbritannien nur 13, in Deutschland nur 14,6 Spender.
75 In Spanien sind es 34. Das Beispiel Singapur zeigte, dass die Zahl auch im Laufe mehrerer Jahre um einen hohen Prozentsatz steigerbar sei. Die Widerspruchslösung ist ein wirkungsvolles Instrument, Wartelisten zu verkürzen, einen Ansporn zur Auseinandersetzung mit dem Thema “Organ-
80

spende" zu geben und einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Sie mag – als Balanceakt zwischen gesellschaftlichem Handel und individueller Entscheidungsfreiheit – keine Optimallösung sein, jedoch ist sie die menschlichste der bestehenden Möglichkeiten. Doch eine Reform der Spendeerklärung reicht allein nicht aus. Um eine Entscheidung fundiert treffen zu können, werden Informationen benötigt. Eine Verstärkung der Aufklärungsarbeit ist daher unabdingbar für die Novellierung des Organspenderechts. Bisherige Aufklärungskampagnen glückten leider nur auf geringem Niveau. Eine verstärkte Fokussierung sollte daher im Rahmen des Schulunterrichts und beim Erwerb der Fahrerlaubnis erfolgen. Eine Entscheidung für ein neues Organspenderecht ist somit nicht nur eine für ein neues Gesetz. Sie ist eine Entscheidung für das wertvollste Gut überhaupt: das Leben.

G 3) BESSERE CHANCE AUF MEDIZINISCHE VERSORGUNG FÜR ALLE!

Antragsteller Juso AG NordWest

- 5 **Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:**
1. **Die Verlegung der Niederlassung eines Vertragsarztes muss deutlich erleichtert werden, damit sich die Verteilung von fachspezialisierten Praxen besser regulieren kann.**
 - 10 2. **Daher fordern wir die Abschaffung von Vertragsarztsitzen in Hannover und im Umland Hannovers zur Verbesserung der Qualität medizinischer Behandlungen sowie für eine Verringerung des Anfahrt- und Zeitaufwands des Patienten.**
 - 15 3. **Ferner streben wir ebenfalls eine Abschaffung der Vertragsarztsitze auf Länder- und Bundesebene an. Solch eine Regelung, von der hauptsächlich gering qualifizierte und phlegmatische Personen profitieren, darf es nicht länger geben!**

Begründung:

20 Vertragsarztsitze (umg. Kassenarztsitze) dienen dazu, die ärztliche Versorgung in einzelnen Regionen und Stadtbezirken zu regulieren und so Konkurrenz zwischen verschiedenen Ärzten und Therapeuten bzw. Praxen zu verhindern. Durch diese Regelung wird noch nicht selbstständigen Ärzten und Therapeuten eine Verselbstständigung verwehrt, bis einer der Vertragsärzte in den Ruhestand tritt oder seinen Vertragsarztsitz verkauft.

25 Dies schadet der Qualität der praktizierten Medizin, da sich die Praxen wegen der begrenzten Anzahl der Vertragsarztsitze immer mit einer Mindestanzahl Patienten versorgt sehen und diese so mit geringerer Sorgfältigkeit behandeln können, als wenn das Risiko eines Patientenverlustes bestände.

30 Das Argument, Vertragsarztsitze dürfen nicht abgeschafft werden, weil sie für eine ausgewogenere Verteilung an Fachärzten sorgen, ist eine Bagatel-
le, da durch präsen- te Regelungen genau dies verhindert wird: Gibt es z.B.
zehn Vertragsarztsitze eines bestimmten Fachgebiets in einem Stadtbe-
35 zirk, ist es egal, ob die betroffenen Vertragsärzte sich in einer einzigen
Praxis oder an verschiedenen Orten dieses Bezirkes niederlassen. Natürlich
liegt es im Interesse fachspezialisierter Praxen, sich zu vergrößern, sodass
hohe Arztkonzentrationen an einzelnen Orten und große Leerräume in
den Umkreisen entstehen. Diese lassen sich wegen der begrenzten Anzahl
40 an Sitzen aber nicht anderweitig füllen, was lange Anfahrtswege für den

Großteil der Patienten verursacht. Dies zeigt eine klare Benachteiligung für Leute von geringerem Budget auf, da für diese eine längere Anfahrt eine kostspielige Angelegenheit ist. Patienten, die des Öfteren in fachärztlicher Behandlung sind, werden ebenfalls benachteiligt, da ein langer Anfahrtsweg summiert einen großen Zeitaufwand darstellt.

45 Diese Tatsachen sind hochgradig ungerecht entsprechen nicht dem Sinne einer sozialen Gesellschaft. Zwar ist es einem Arzt bzw. Therapeuten nach dem VÄndG (Vertragsarztrechtsänderungsgesetz) seit 2007 bereits möglich, seinen Standort in einen anderen Bezirk zu verlegen, wenn es die

50 Versorgung dort verbessert, allerdings muss dies vorher sowohl vom Zulassungsausschuss des ursprünglichen, als auch vom Zulassungsausschuss des neuen Bezirks, in dem der Arzt/Therapeut seine Tätigkeit aufnehmen will sowie von der beteiligten Kassenärztlichen Vereinigung genehmigt werden. Das macht eine Verlegung des Vertragsarztsitzes weiterhin

55 schwierig, was für einige sicherlich Grund genug dazu ist, in einer großen Praxis zu bleiben. Dazu kommt, dass diese Gesetzesänderung vielen gar nicht bewusst ist.

Mit Abschaffung der Vertragsarztsitze würde sich die Verteilung der Ärzte und Therapeuten von allein regulieren, da alle Praxen sich so an Stellen

60 niederließen, an denen auch Nachfrage besteht. Durch die gegenwärtigen Regelungen sind also fast alle außer gering qualifizierten und phlegmatischen Therapeuten und Ärzten benachteiligt. Das betrifft ein sehr breites Spektrum von Ärzten und Therapeuten und somit eine umso größere Zahl an Patienten.

Innen- und Rechtspolitik

I 1) SOFORTIGE BEENDUNG DER PERSONENKONTROLLEN VOR MOSCHEEN

Antragsteller Juso AG Vahrenwald-List

5

**Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:
Die Personenkontrollen vor Moscheen in Niedersachsen werden unverzüglich beendet.**

10 Begründung:

Wie kürzlich aufgedeckt wurde, ist es in Niedersachsen inzwischen üblich, dass die Besucher von Moscheen einer Personenkontrolle durch der Polizei ausgesetzt werden. Dies ist eine unakzeptable Praxis, die sofort enden muss! Dieses Verfahren führt dazu, dass gläubige Muslime kriminalisiert werden und sich von unserer Gesellschaft nicht angenommen fühlen. In unserem Rechtsstaat kann nicht akzeptiert werden, dass eine Gruppe von Menschen wegen ihrer Religion diskriminiert wird. Des Weiteren verstößt es auch gegen das Grundgesetz. In einer Atmosphäre in der in einem unserer Nachbarländer der Bau von Minaretten verboten, verstärken solche Aktionen eine Entfremdung zwischen Muslimen und Nichtmuslimen. Diese Behandlung ist der ideale Nährboden für Extremismus und führt mittelfristig zu erheblichen Problemen bei Integrationsbemühungen. Als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten müssen wir alles daran setzen um dieses Konfliktpotenzial abzubauen und so ein nachhaltiges Zusammenleben zu ermöglichen.

15
20
25

I 2) PERSPEKTIVEN FÜR POLIZEIBEAMTE IM GEHOBENEN DIENST

Antragssteller Juso AG Vahrenwald-List

- 5 **Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Hannover möge beschließen:
Den Polizeibeamten im gehobenen Dienst müssen Perspektiven geschaffen werden. Dafür muss überprüft werden inwiefern neue Positionen und Aufstiegsmöglichkeiten entstehen können und so der gehobene Dienst aufgewertet werden kann.**

10

Begründung:

- Seit der Abschaffung des mittleren Dienstes bei der Polizei vor einigen Jahren werden die Beamten des gehobenen Dienstes für die Aufgaben des mittleren Dienstes eingesetzt. Das Problem dabei ist, dass es in diesem
- 15 Bereich nur sehr wenig Möglichkeiten gibt beruflich aufzusteigen. Dies hat dazu geführt, dass ein enormes Frustrationspotential entstanden ist und viele junge Polizistinnen und Polizisten es bereuen in den Polizeidienst gegangen zu sein. Um zukünftig auch neue Anwärter für den gehobenen Dienst zu gewinnen muss dieser umstrukturiert werden, damit es künftig
- 20 nicht mehr der Fall ist, dass 40 Jahre lang die gleiche Tätigkeit ausgeführt werden muss, auch um zu vermeiden, dass 60-jährige sich noch auf der Straße mit Jugendlichen auseinandersetzen müssen. Die Polizei ist eine wichtige Institution und muss auch weiterhin Bewerber haben, die nicht durch schlechte Arbeitsbedingungen abgeschreckt werden.

I 3) POLIZEIGEWALT STOPPEN – POLIZEIVERBRECHEN AUFKLÄREN

Antragsteller Juso AG Seelze

5 **Wir fordern:**

Die Einführung einer Polizeikommission, die Fälle von Polizeigewalt unabhängig untersuchen kann. Die Kommission soll Akteneinsicht erhalten und die Befugnis haben, Zeugen zu befragen. Die Kommission soll sich nach einem pluralistischen Verfahren zusammensetzen, damit ihre Unabhängigkeit gewährleistet ist.

10

Die Kennzeichnung der Polizeibeamten durch die gut sichtbare Anbringung ihrer Dienstnummern auf der Uniform.

Begründung:

15

Von Polizeibeamten erwarten wir Schutz bei der Wahrnehmung unserer Grundrechte. Wenn wir uns unter freiem Himmel versammeln, um unsere Mitmenschen und Politiker auf Missstände aufmerksam zu machen, dann dürfen wir erwarten, dass uns dies von der Polizei ermöglicht wird. Auf dieses Recht hat in Deutschland jeder Anspruch, der sich an bestimmte Regeln hält, schließlich dürfen selbst Rechtsextreme unter bestimmten Auflagen demonstrieren.

20

In letzter Zeit nimmt die Zahl und Größe der Demonstrationen zu und damit auch die Zahl der gewalttätigen Übergriffe von Polizisten auf Demonstranten. Immer mehr Beamte sind in Stresssituationen scheinbar überfordert und reagieren auf friedliche Demonstranten oder Unbeteiligte mit roher Gewalt. Leider können diese Fälle jedoch oft nicht nachgewiesen werden und die gewalttätigen Beamten müssen somit keine rechtlichen Konsequenzen fürchten. Schließlich sind es ihre Kollegen, die im Zweifelsfall gegen sie ermitteln müssen und die fühlen sich leider oft dem Druck ausgesetzt, ihre Kollegen decken zu müssen, um selbst Mobbing am Arbeitsplatz zu entgehen. Für die Opfer ist das dramatisch, da sie ihr Vertrauen in die Polizei verlieren und in Zukunft bei der Wahrnehmung ihrer Grundrechte womöglich zurückhaltender sein werden.

25

30

35

Um dem Missstand entgegenzutreten, dass Polizisten in Fällen von Polizeigewalt gegen ihre eigenen Kollegen ermitteln müssen, ist die Einrichtung einer vom Europarat geforderten Polizeikommission dringend notwendig. Nur unabhängige Ermittlungen können gewährleisten, dass sich kein Polizist auf einer Demo in einem für ihn scheinbar rechtsleeren Raum bewegen kann. Um Opfern von Polizeigewalt die Anzeige von Polizeibeamten zu erleichtern, ist es sinnvoll an den Uniformen der Beamten deren

40

Dienstnummern anzubringen. So wird außerdem Konflikten vorgebeugt, die entstehen können, wenn die Opfer ihre Peiniger selbst zur Preisgabe ihrer Identität auffordern müssen.

I 4) JUGENDSCHUTZ JA! – ZENSUR NEIN!

Antragsteller Juso AG NordWest

5 **Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:**

1. **Als Richtlinie für die gesetzliche Prüfung gewaltorientierter Medien gilt für uns der Grundsatz: Jugendschutz ja! – Zensur nein!**
2. **Wir fordern gleichzeitig, das bereits vorhandene Instrumentarium des Jugendschutzgesetzes anzuwenden und die Anwendung dieser Gesetzgebung sporadisch zu kontrollieren.**
- 10 3. **Wir fordern Kurse zur Medienerziehung an Schulen für Jugendliche und kostenfreie Kurse zur Medienerziehung an Volkshochschulen für Eltern, um beiden Gruppen einen pädagogischen Umgang mit dem Internet und anderen neuen Medien beizubringen und so einer Jugendgefährdung vorzubeugen.**
- 15 4. **Die Schulen der Kinder und Jugendlichen sollen dann die Eltern darauf aufmerksam machen, dass es diese kostenfreien Volkshochschulkurse gibt.**

20 Begründung:

Die Prüfung solcher gewaltorientierter Medien wird vorgenommen durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BpJM). Dieses Gremium kann auf Antrag entscheiden, dass beispielsweise ein Film oder ein Computerspiel gekürzt, entschärft oder umgestaltet, in besonderen Fällen
25 sogar beschlagnahmt wird, auch wenn das Medium bereits eine Altersfreigabe ab 18 Jahren erhalten hat. Dadurch dass Medien, die bereits eine 18er-Freigabe haben, zensiert werden, werden durch eine staatliche Einrichtung sowohl die bereits mündigen Bürgerinnen und Bürger, als auch die Kunstschaffenden (Filmemacher, Programmierer, Designer) bevormundet. Darauf baut im Übrigen die gesamte Zensurpolitik der CDU und
30 CSU von den 1980er Jahren bis heute auf. Das ist für uns nicht hinzunehmen.

Bei gewaltorientierten Filmen stellen zum Beispiel die Schnitte, die an solchen vorgenommen werden, oftmals sogar eine Verharmlosung der eigentlichen Szene dar. Auch eine Umgestaltung von Computerspielen sorgt
35 nicht dafür, dass das Spiel von seiner Grundorientierung her harmloser wird. Im Gegenteil: Wird zum Beispiel jemand in einem Film oder Computerspiel erschossen, ist es logisch, dass dabei Blut fließt. Wird dieses allerdings herausgeschnitten oder „herausgestaltet“, denken die ZuschauerInnen / SpielerInnen automatisch, es würde kein Blut fließen, wenn eine
40

Person, die erschossen wird, einfach ohne Blutlache umfällt etc. Das ist definitiv eine Verharmlosung.

Altersfreigaben sind sinnvoll und stehen bei diesem Antrag, wie durch die Aussage „Jugendschutz ja!“ deutlich gemacht wird, überhaupt nicht zur
45 Debatte. Das Jugendschutzgesetz bietet bereits ein umfangreiches Instrumentarium, um dafür zu sorgen, dass gewaltorientierte Medien Kindern und Jugendlichen nicht verkauft werden. Die Umsetzung dieser Regelungen sollte auch flächendeckend gemacht werden, z.B. durch Ausweiskontrolle etc. Deshalb wird die Forderung nach Anwendung des Gesetzes
50 unter Punkt 2 noch einmal deutlich.

Was beim Jugendschutz noch nicht hinreichend berücksichtigt wird, ist die Benutzung des Internets und die damit einhergehende Möglichkeit, sich jugendgefährdende Medien zu beschaffen. Dafür wird eine umfangreiche pädagogische Maßnahme für Familien benötigt, damit der vernünftige
55 Umgang mit dem Internet erlernt werden kann und Eltern die Möglichkeiten ihrer Kinder, im Internet an jugendgefährdende Medien zu gelangen, überblicken können. So entsteht letztlich auch eine gesamtgesellschaftliche Erziehung zum Gebrauch neuer Medien.

I 5) GEGEN EIN GEPLANTES ODER GEWÜNSCHTES ALKOHOLVERKAUFSVERBOT ZWISCHEN 22.00 BIS 4.00 UHR

Antragsteller Juso AG Südost

- 5 **Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Landtagsfraktion weiterleiten:**
1. **Die Jusos Hannover sprechen sich gegen ein Alkoholverkaufsverbot zwischen 22.00 und 4.00 Uhr in Niedersachsen aus.**
 2. **Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich gegen ein entsprechendes Vorhaben einzusetzen.**
- 10

Begründung:

Die Jusos sprechen sich im Allgemeinen gegen einen Alkoholmissbrauch aus, doch von diesem Verbot wären sämtliche Bevölkerungsschichten, auch die gelegentlichen Konsumenten, betroffen. Ein Erziehungseffekt oder eine Reduzierung des Alkoholkonsums, wäre durch ein reines Verbot nicht zu erwarten. Die Beschaffung des Alkohols dürfte sich auf den Zeitraum vor 22.00 Uhr verlagern. Ein Verkaufsverbot würde das Problem des übermäßigen Alkoholkonsums am Wochenende nicht unterbinden. Der Gesamtkonsum dürfte durch die vergleichsweise hohen Preise in Restaurants und Kneipen, in die man dann gezwungen wäre zu gehen, zwar leicht rückläufig sein, ob damit aber die Gefahr der Ruhestörung, Sachbeschädigung oder Trunkenheitsfälle auf der Straße sinken werden, dürfte bezweifelt werden. Dieses Verbot reiht sich ein in eine Reihe bisher erfolgter und in ihrer Wirksamkeit umstrittenen Verbote. Man kann den Menschen nicht erklären, dass andere Personen, die sich den Kneipenbesuch eher leisten können, weiterhin Alkohol konsumieren dürfen, dies auch ohne Mengen- oder Uhrzeitbeschränkung und den BürgerInnen der Kauf dieser Konsumgüter zu bestimmten Zeiten an bestimmten Verkaufsstellen untersagt wird. Dies gilt auch für Personen des politischen Lebens auf diversen Veranstaltungen. Die freien und mündigen BürgerInnen, insofern sie alt genug dafür sind, sollten selber entscheiden wann und wie viel Alkohol sie konsumieren wollen. Über die Folgen des überhöhten Alkoholkonsums sollten an anderer und passender Stelle informiert werden.

15

20

25

30

I 6) FÜR EINE AUSWEITUNG DER ALKOHOLTESTKÄUFE UND EINE KONSEQUENTE ANWENDUNG DER STRAFREGELUNGEN

Antragsteller Juso AG Südost

5

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:

1. **Die Jusos sprechen sich für eine Ausweitung der Alkoholtestkäufe in Hannover aus.**
- 10 2. **Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, die betroffenen Verwaltungsstellen bei der Umsetzung zu unterstützen.**

Begründung:

15 Die effektive Selbstkontrolle der Verkaufsstellen von Alkohol ist nicht vorhanden. Der drohende Umsatzverlust wird über die Kontrolle der Konsumenten gestellt. Die nicht selber verkauften Getränke sind der Umsatz des Konkurrenten. Daher sollen das Ordnungsamt in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt auch weiterhin die Kontrollkäufe vornehmen und das Netz der Kontrollen weiter verdichten. Die Verkaufsstellen müssen in Zukunft dazu übergehen, permanent Alterskontrollen vorzunehmen. Da-
20 durch wird der mögliche Missbrauch zwar nicht komplett unterbunden werden können, aber der Zugang muss erschwert werden. Bei mehrmaligem Verstoß gegen die Alterskontrollen sollte die Verkaufserlaubnis von Alkohol entzogen werden.

I 7) BUßGELDER ANPASSEN

Antragsteller Juso AG Südstadt-Bult

5 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen, folgende Forderungen an die entsprechenden Gremien weiterzuleiten.

Wir fordern:

9. die Gestaltung von Bußgeldern für Ordnungswidrigkeiten nach Tagessätzen, entsprechend der wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen. Dies soll nicht Verwarngelder betreffen.
10. die Abschaffung der Bußgeld Obergrenze von 50000€ für natürliche und eine Millionen € für juristische Personen.

Begründung:

15 Rechtssystematisch gehört das Ordnungswidrigkeitenrecht zum Strafrecht. Im Gegensatz zu den Straftaten fehlt den Ordnungswidrigkeiten aber der ethische Unwert, also die moralische Vorwerfbarkeit, obgleich ein Fehlverhalten vorliegt, welches der Gesetzgeber immerhin mit Bußgeld bzw. Fahrverbot bestraft, um dem Betroffenen sein Fehlverhalten aufzuzeigen. Das Ordnungswidrigkeitenrecht ist dem Strafrecht weitgehend nachgebildet.¹

20 Folglich ist es nicht nachzuvollziehen, dass bei der Bemessung der Strafe andere Maßstäbe angewandt werden. Während eine Geldstrafe bei Straftaten nach Tagessätzen berechnet wird und demnach dem Einkommen des Betroffenen angepasst ist, wird dies bei Bußgeldern nicht gemacht. Eine Strafe fällt somit je nach Einkommen härter oder milder aus. Alg2 Empfänger werden zum Beispiel im Vergleich mit einem Durchschnittsverdiener oder Besserverdiener unverhältnismäßig stark belastet. Zusätzlich darf die abschreckende Wirkung von Bußgeldern für wohlhabende Betroffene bezweifelt werden, da der Anteil der Strafe an ihrem Jahreseinkommen verschwindend gering ist. Ein Vergleich mit Schweden oder Finnland zeigt, dass es möglich ist.

30 Das 116.000-Euro-Bußgeld

Anssi Vanjoki soll die Rekordsumme von 116.000 Euro bezahlen. Nach einem Bericht der "Ilta Sanomat" war das Nokia-Vorstandsmitglied im vergangenen Oktober in Helsinki von einer Polizeistreife gestoppt worden, als er mit seinem Motorrad statt der erlaubten 50 km/h 75 Sachen auf dem Tacho hatte.

35 Da Übertretungen der Verkehrsregeln in Finnland je nach Einkommenshöhe geahndet werden, ließen sich die Behörden die letzte Steuererklärung Vanjokis kommen und errechneten aus dem Gesamteinkommen die Höhe des Knöllchens - in Höhe von 14 Tagegeldern. Hungern wird er wohl auch künftig nicht müssen:

40 1999 soll er allein 14 Millionen Euro verdient haben. Trotzdem hat Vanjoki Einspruch eingelegt.²

Quellen:

1) <http://de.wikipedia.org/wiki/Ordnungswidrigkeit>

2) <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,177116,00.html>

I 8) MIETNOMADEN

Antragsteller Juso AG Südost

5 **Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die entsprechenden Stellen weiterleiten:**

10 **Die Jusos setzen sich für einen Besseren Schutz von Vermietern vor Mietnomaden ein. Dafür bedarf es einer vorher festzulegenden rechtlich bindenden Definition des Mietnomadentums. Vermieter müssen bei Zahlungsausfällen und drohender Verwüstung des Mietobjektes schneller wieder Zugriff auf ihr Eigentum erhalten. Gerichtsurteile müssen zügiger erfolgen und vom Gerichtsvollzieher schneller durchgesetzt werden. Um dies zu erleichtern sollen daher die Kosten für den Gerichtsvollziehers nicht mehr der Vorkasse des Vermieters bedürfen, sondern**
15 **direkt dem Mieter in Rechnung gestellt werden.**

Begründung:

20 Als Mietnomaden sind Mieter anzusehen, die wissentlich Ihrer Zahlungsunfähigkeit Mieträume beziehen, diese während der Nutzungsdauer verwahrlosen lassen und danach anderenorts selbiges vollziehen. Vor diesen Bedarf es eines besseren Schutzes.

Schließlich ist in den letzten Jahren in den Medien regelmäßig etwas über Mietnomaden zu erfahren gewesen. In den meisten der bekannten Fälle handelt es sich um private Vermieter. Diese erhalten, wenn dann nur in
25 den ersten Monaten, Miete. Wenn sie ihrem Mieter wieder kündigen und auffordern das Mietobjekt zu verlassen, müssen sie dafür oft ein langwieriges Gerichtsverfahren erdulden und haben anschließend immer noch keine Garantie auf eine zügige Übergabe der Mietsache. Wenn sie eine Räumung durchsetzen wollen, müssen sie dem Gerichtsvollzieher die entstehenden Kosten im Voraus bezahlen. Gerade bei privaten Vermietern
30 mit nur wenigen Mietobjekten erweist sich dies als schwierig.

Nachdem dann die Mietnomaden die Mietobjekte endlich verlassen haben, werden häufig Instandsetzungsarbeiten nötig, die den Vermieter zusätzlich belasten.

35 Desweilen ziehen die ehemaligen Mieter zum nächsten ahnungslosen Vermieter und mieten sich in dessen Objekt ein. Meist vollziehen sie dort Selbiges.

Größere Vermieter können Mietausfälle und Gerichtskosten zwar leichter verkraften, werden aber versuchen die entstehenden Kosten auf andere
40 Vermieter umzulegen. Kleinen privaten Vermietern kann bereits ein Mietnomade sämtliche Ersparnisse kosten und sie an den Rand des finanziellen Ruins treiben. Davor bedarf es eines besseren und schnelleren Schutzes per Gesetz.

Kommunalpolitik

K 1) HONEYWELL MUSS VERANTWORTUNG FÜR ALTLASTEN ÜBERNEHMEN - FÜR DIE EINFÜHRUNG EINES ALTLASTENFONDS!

5 *Antragsteller Juso AG Vahrenwald-List*

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Das Land Niedersachsen führt einen Altlastenfond ein.

10 Begründung:

Im Sommer 2008 wurden in der Gegend des De-Haen-Platzes durch Altlastenuntersuchungen festgestellt, dass sich in der Wohngegend umfangreiche chemische und radiologische Belastungen befinden.

Diese sind auf die Chemiefirma Riedel-De-Haen, welche in der Gegend ansässig war, zurückzuführen. Die Kosten für die Sanierung werden auf 15 eine Millionenhöhe geschätzt.

Das Verwaltungsgericht Hannover hat im November den Rechtsnachfolger Honeywell von jeglicher Verantwortung freigesprochen.

20 **Wir sind der Auffassung: ein juristischer Freispruch ist kein moralischer Freispruch!**

Unternehmen wie Honeywell versuchen sich immer wieder auf Kosten der Öffentlichkeit der Verantwortung zu entziehen. Dies ist ein nicht akzeptabler Zustand.

Honeywell muss sich seiner historischen Verantwortung bewusst werden 25 und sich dieser auch stellen.

Deshalb fordern wir Honeywell auf die Kosten für die Sanierung nicht den Anwohnern und den öffentlichen Kassen zuzumuten.

Gleichzeitig muss das Land Niedersachsen einen Altlastenfond einrichten, um zukünftige Sanierungsmaßnahmen finanzieren zu können. Dies ist 30 auch in anderen Schwarz-Gelb regierten Ländern möglich und angesichts von 70.000 Altlastproblemen können die Bürgerinnen und Bürger nicht erst auf die Landtagswahl 2013 warten bis etwas unternommen wird.

Wir begrüßen, dass die Region Hannover und die Stadt sich an der Finanzierung der Renovierungsarbeiten in beträchtlichem beteiligen. So lange 35 Honeywell und das Land Niedersachsen es für sich nicht als nötig erachten eingzugreifen dürfen die Anwohner nicht alleine gelassen werden.

K 2) KEINE WEITEREN SCHLIESSUNGEN VON POSTÄM- TERN UND AUSBAU DER ÖFFNUNGSZEITEN DER POST- SHOPS

Antragsteller Juso AG Südost

5

**Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die entsprechen-
den Stellen weiterleiten:**

- 10 **1. Die Jusos sprechen sich gegen die geplanten Schließungen der
letzten Postämter in Deutschland aus.**
- 2. Außerdem wird die Post aufgefordert ihre IT-Systeme so auszule-
gen, dass in den privaten Postshops eine Bedienung der Kunden
über die gesamte Öffnungszeit des Rahmengeschäftes möglich
ist.**
- 15 **3. Desweiteren fordern die Jusos einen einheitlichen Standard bei
den privaten Postshops und die damit einhergehende Möglich-
keit in allen Läden den gleichen Service vorzufinden.**

Begründung:

20 Die staatliche KfW-Bank, als größter Einzelaktionär bei der Deutschen
Post, sitzt mit einer mehr als großen Sperrminorität im Aufsichtsrat. Über
diesen Weg muss auf die Geschäfte der Deutschen Post wieder Einfluss
genommen werden. Das Unternehmen ist von der Mehrwertsteuer be-
freit, weil es einen universalen Briefdienst garantieren soll. Dieser er-
scheint aber bei der Schließung sämtlicher, noch vorhandenen, Postämter
25 mehr als eingeschränkt.

Außerdem ist es den Kunden schwer zu vermitteln, wenn Geschäfte mit
einem integrierten Postshop zwar noch geöffnet sind, dort aber keine
Postgeschäfte mehr getätigt werden können, weil die Computer der Post
bereits ab 18 Uhr nicht mehr arbeiten. Wenn die Post schon diesen Weg
30 des Outsourcings geht, sollte es wenigstens möglich sein bis 20 Uhr Post-
geschäfte zu tätigen.

Es ist unverständlich, warum Kunden nicht nur zu einem Postshop gehen
müssen, sondern manche Geschäfte nur in bestimmten (weiter entfernten)
35 Geschäften erledigen können.

Daher ist es notwendig, dass die Post endlich kundenorientiert und kundenfreundlicher arbeitet und ihr komplettes Serviceangebot in jedem Postshop anbietet.

Organisationspolitik

O 1) ARBEITSTECHNIKEN DEMOKRATISCH WEITERENTWICKELN

Antragsteller Juso AG Nordstadt

5

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

„Der technische Fortschritt und insbesondere die Nutzung des Internets ermöglicht es Juso Gremien effektiver und schneller zu arbeiten. Dabei ist es möglich, mehr Genossinnen und Genossen zu beteiligen als dies ohne die Nutzung des Internets möglich wäre. Gleichzeitig kann die Anwendung neuer Technologien dazu führen, dass Genossinnen und Genossen von Prozessen ausgeschlossen werden. Diese Gefahr besteht überall dort, wo Entscheidungen oder Debatten aus Sitzungen herausgenommen werden und in Telefonkonferenzen, Doodle oder Emailabstimmungen diskutiert und beschlossen werden. Wir Jusos benötigen daher klare Regeln für diese Form der Organisation der Arbeit. Die Änderung des Mediums kann nicht eine Änderung der Öffentlichkeit oder der Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen nach sich ziehen. Ebenso wie in Sitzungen, müssen daher auch andere Formen parteiöffentlich sein, jede und jeder muss seine Argumente in die Debatte einführen können und es muss nachvollziehbar bleiben, wer wann was beschlossen hat.

10

15

20

Die Juso Unterbezirkskonferenz fordert daher den Juso Unterbezirksvorstand sowie die Vertreterinnen und Vertreter der im Bezirk und Landesverband dazu auf, entsprechend dieses Beschlusses Regeln auf den jeweiligen Ebenen zu erstellen und den jeweiligen Gremien zur Abstimmung vorzuschlagen.

Begründung:

In der Vergangenheit war es in allen Juso-Ebenen üblich Abstimmungen und Diskussionen in Vorständen über geschlossene Emailverteiler zu führen. Zudem wurden insbesondere auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene das Instrument der Telefonkonferenz beliebt. Dabei ersetzen diese Konferenzen zunehmend ordentliche Sitzungen, Protokolle dieser Sitzungen wurden z. B. im Bezirk nicht erstellt oder allgemein zugänglich gemacht. Damit bewegen sich die gewählten Vertreter außerhalb der Kontrolle der Wählenden. Transparenz und Beteiligung sind aber nicht abhängig vom Medium, sondern elementarer Bestandteil der Arbeit der Jusos. Daher müssen die gleichen Regelungen Anwendung finden, wie in Sitzungen. Die Grenze findet diese Anwendung dann an dem faktisch möglichen.

25

30

35

O 2) BESCHLUSSBUCH

Antragsteller Juso AG Nordstadt

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

- 5 **Der Juso Unterbezirksvorstand erstellt aus dem Arbeitsprogramm sowie allen beschlossenen Anträgen der Unterbezirkskonferenz und der AGen-Plenen eine Übersicht der an ihn gerichteten Arbeitsaufträge. Er weist darin in geeigneter Form deren Erledigung nach und legt diese Übersicht dem Rechenschaftsbericht auf der nächsten ordentlichen Unterbezirk-**
- 10 **konferenz bei.**

Begründung:

- Die vorgeschlagene Maßnahme soll die Bindungskraft der Beschlüsse der UBK und der Plenen erhöhen und dafür Sorge tragen, dass möglichst viele
- 15 Delegierte die Arbeit des UBVs kontrollieren können. Ähnliche Listen sind in der SPD ab der Unterbezirksebene üblich.

O 3) BESCHLUSSBÜCHER VERÖFFENTLICHEN

Antragsteller Juso AG Südstadt-Bult

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

- 5 **Zukünftig werden alle inhaltlichen Beschlüsse und vor allem die Beschlussbücher aller SPD Arbeitsgemeinschaften und Gremien ab der Unterbezirksebene an aufwärts im Internet veröffentlicht.**

- 10 Begründung:

Erfolgt mündlich

O 4) KEIN ALKOHOLKONSUM AUF JUSO-SITZUNGEN

Antragsteller Juso AG Seelze

Kein Alkoholkonsum auf Juso-Sitzungen:

- 5 **Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Hannover möge ein Alkoholverbot, auf Juso-Sitzungen auf Unterbezirksebene beschließen. Alle, die an einer Juso-Sitzung teilnehmen, sollten den Anstand haben auf Alkohol vor und während der Sitzung zu verzichten. Konsumieren dennoch Teilnehmer**
- 10 **der Sitzung Alkohol, oder merkt man ihnen an, dass sie dies im Vorfeld getan haben, kann die Sitzungsleitung, auch auf Aufforderung anderer Sitzungsteilnehmer, die Betreffenden von der Sitzung ausschließen.**

Begründung:

- 15 Sobald man Alkohol zu sich genommen hat ist man nicht mehr in Gänze zurechnungsfähig und kann sich somit nicht sinnvoll an Diskussionen beteiligen. Dies ist den übrigen Anwesenden gegenüber, die aus dieser Sitzung etwas mitnehmen wollen, nicht fair.

- 20 Des weitern kann Alkoholkonsum während ernstern Veranstaltungen als Provokation aufgefasst werden und es könnte zu einer Eskalation kommen.

Da die Jusos ernst genommen werden wollen ist es sinnvoll, wenn keine Diskussionen unter Alkoholeinfluss stattfinden, deren Ergebnisse möglicherweise in der Öffentlichkeit präsentiert werden wollen.

- 25 Deshalb ist es zu rechtfertigen, dass Sitzungsteilnehmer bei Alkoholkonsum bis zum Ende der Sitzung von dieser ausgeschlossen werden.

Sozialpolitik

S 1) VERHINDERUNG DER EINFÜHRUNG DES BETREUUNGSGELDES

Antragsteller Juso AG Vahrenwald-List

5

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Wir fordern, dass

1. **die geplante Einführung des Betreuungsgeldes bis 2013 verhindert wird.**
- 10 2. **die für das Betreuungsgeld geplanten Mittel vielmehr in den Ausbau des frühkindlichen Bildungssystems, in die Vollbezugsschulung der Kitaplätze für einkommensschwache Familien, in die bessere Bezahlung der ErzieherInnen o.ä. investiert werden sollen. Dadurch wird eine bessere Qualität der Bildungsangebote erzielt, die direkt die Kleinsten erreicht – und gerade darauf kommt**
- 15 **es an!**

Begründung:

20 Der Streit innerhalb der Koalition von CDU/CSU und FDP um das geplante Betreuungsgeld zeigt, wie umstritten bereits dort das Thema diskutiert wird. Ab 2013 sollen Eltern, die ihre unter drei Jahre alten Kinder zu Hause betreuen, monatlich 150€ bar oder als Gutschein erhalten. Dieses Vorhaben ist integrationspolitisch eine Katastrophe und versetzt der Wichtigkeit der frühkindlichen Bildung einen heftigen Schlag.

25 Insbesondere sozial schwache Familien und Familien mit Migrationshintergrund könnten die Leistung als Anreiz dafür verstehen, ihre Kinder nicht in den Kindergarten zu schicken. Doch gerade für Kinder mit Migrationshintergrund fördert der Kindergartenbesuch nicht nur die Integration, sondern bildet eine unerlässliche Voraussetzung für einen späteren

30 Bildungserfolg.

Den Höhepunkt der Betreuungsgeldpläne bildet der Vorschlag von Angela Merkel, an einkommensschwache Familien nicht Bargeld auszuzahlen, sondern Bildungsgutscheine für die Bildung der Kinder oder für den Besuch von bestimmten Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Durch eine

35 solche Vorgehensweise erfahren einkommensschwache Familien eine ungeheuerliche Diskriminierung. Es kann und darf nicht Aufgabe des Staates sein, zu entscheiden, welche Familie Bargeld und welche einen Bildungsgutschein erhält.

Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik

U 1) ATOMAUSSTIEG JETZT KOMMUNAL WEITERDENKEN

Antragsteller Juso AG Burgdorf

- 5 **Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:**

10 **Die Jusos in der Region Hannover setzten sich dafür ein, dass die Stadtwerke in Stadt und Region den Energiemix für angebotene Tarife – einschließlich Grundversorgung – auf rein kernenergiefreie Quellen umstellen. Des Weiteren werden die Stadtwerke aufgefordert einen Maßnahmenkatalog für die Umstellung auf eine emissionsfreie Grundversorgung in einem Zeitplan mit festen Reduktionsschritten zu entwickeln.**

Begründung

- 15 Innerhalb der großen Koalition war es eines unserer wichtigsten Alleinstellungsmerkmale die ausgehandelte Novellierung des Atomgesetzes (AtG)⁴ aus dem Jahr 2002 gegen alle Widerstände der CDU zu verteidigen. Selten ist man sich so einig, wie bei der Richtigkeit des Ausstiegs aus der Kernenergie. Umso tragischer ist jetzt – im Jahr bevor die ersten Meiler tatsächlich vom Netz gehen - die Egalisierung dieses Beschlusses durch Verlängerung von Restlaufzeiten und den wahrscheinlichen Neubau von Anlagen durch die schwarz-gelbe Bundesregierung. Wir müssen als Jusos konsequent dafür eintreten, das Bestreben auf eine strahlungs- und emissionsfreie Energieversorgung in der SPD voranzutreiben.
- 20
- 25 Zunächst einmal, muss aber auch das Zustandekommen des Atomausstiegs verstanden werden. Die SPD hat sich hierbei keinesfalls mit Ruhm bekleckert und es ist nicht richtig, dass dieses Gesetz ein Kind der SPD ist. Es wurde uns vielmehr von unserem damaligen Koalitionspartner – die Grünen - aufgezwungen und durch gewisse Kreise den eigenen Reihen aufgeweicht. Restlaufzeiten wurden wirtschafts- und lobbyfreundlich in die Länge gezogen und das längst überfällige Abschalten bedenklicher Anlagen versäumt. Zudem ist es innerhalb der 11 jährigen Regierungs-
- 30 beteiligung nicht gelungen, den Kraftwerkspark so zu modernisieren, dass die Atomkraftwerke bereits jetzt überflüssig geworden wären. Ein kurzfris-

⁴ <http://www.gesetze-im-internet.de/atg/index.html>

35 tigeres Vorantreiben von regenerativen Energien, scheiterte immer wieder an den großen Stromkonzernen. Zum Beispiel konnte das erste Offshore-Windpark Bauvorhaben erst im November dieses Jahres fertig gestellt werden. In einer Vorlage der beteiligten Bundesministerien und der deutschen Energie Agentur (dena)⁵ aus dem Jahr 2002 war bis 2010
40 bereits eine Kapazität bis 3000 Megawatt in Planung. Das wäre ausreichend gewesen um bereits heute drei Atomkraftwerke vollständig zu ersetzen. Eine noch langfristige Planung und die konsequentere Umsetzung von Rahmenrichtlinien auch über das Erneuerbare Energiengesetz (EEG)⁶ hinaus sind somit unerlässlich, aber machbar, wenn man nur will.

45 Was können wir nun tun, um dennoch einen Ausstieg aus der Kernenergie und den Ausbau umweltfreundlicher regenerativer Technologie zu forcieren? Die Handhabe unserer Wahl muss hierbei das Einwirken auf unsere Stadtwerke sein. Unstreitbar ist (mittlerweile), dass Stadtwerke unter öffentlicher Kontrolle einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge leisten und wir begrüßen jede Kommune, die diese nicht an Dritte
50 verkauft oder sogar neue Stadtwerke gründet. Die Stadtwerke können es aber keinesfalls leisten den kompletten Bedarf an Energie aus einem eigenen Kraftwerkspark vorzuhalten, dies soll auch gar nicht unser Ziel sein. Aber sie können dezentrale Energieerzeugung privater Anbieter koordinieren, durch eine gewissenhafte Einkaufspolitik markt regulierend einwirken, um so eigene Angebote umweltverträglich gestalten zu können. Das
55 kann man nicht von heute auf morgen schaffen, auch gibt es weitere Aspekte die in der Betrachtung wichtig sind, Mehrkosten z.B. müssen sozial verträglich gestaltet sein und auf eine öffentlichkeitswirksame Darstellung muss geachtet werden. Politisch sind auch wir Jusos zukünftig in der Verantwortung regionale Klimaschutzprogramme mit zu gestalten, um zu erreichen, dass ein Verzicht auf Kernenergie und fossile Energien möglich ist. Eine Diskussion über Projekte und eine Information der Mitglieder kann und muss in den AGen und vom Juso Unterbezirk Region Hannover
60 geleistet werden.

Energiemix Beispiele (Grundversorgung): Stadtwerke Stadt Burgdorf:
„Unser Energiemix setzt sich aus 33 % Kernkraft, 45 % fossilen und sonstigen Energieträgern sowie 22 % erneuerbaren Energien zusammen. Damit sind 386 g/kWh CO₂-Emissionen und 0,0009 g/kWh radioaktiver Abfall
70 verbunden. In Deutschland setzt sich der Energiemix im Durchschnitt aus

5 http://www.offshore-wind.de/page/fileadmin/offshore/documents/Strategie_der_Bundesregierung_zur_Windenergienutzung_auf_See.pdf
6 <http://www.bgbportal.de/BGBL/bgb11f/bgb1108s2074.pdf>

24 % Kernkraft, 61 % fossilen und sonstigen Energieträgern sowie 15 % erneuerbaren Energien zusammen. Damit sind 541 g/kWh CO₂-Emissionen und 0,0007 g/kWh radioaktiver Abfall verbunden“.⁷

Enercity (Stadtwerke Hannover):

75 Erneuerbare Energieträger: 19%, Fossile und sonstige Energieträger: 71,9 Nukleare Energieträger: 8,9%. Daraus ergibt sich eine CO₂-Emission von 702 g/kWh und 0,0001 g/kWh radioaktiver Abfall.⁸

80 Bundesdurchschnitt: Erneuerbare Energieträger: 15,0%, Fossile und sonstige Energieträger: 60,4 Nukleare Energieträger: 24,3 %. Daraus ergibt sich eine CO₂-Emission von 541 g/kWh und 0,0007 g/kWh radioaktiver Abfall.

⁷ <http://www.stadtwerke-burgdorf.de/CMS/Default.aspx?id=1028&ch=2>

⁸ http://www.enercity.de/include/Downloads/PK/Stromkennzeichnung_Strom_allg_tarif.pdf

U 2) BARRIEREFREIHEIT AUSBAUEN!

Antragsteller Juso AG NordWest

5 Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

1. Die Jusos in der Region Hannover fordern die Regionsversammlung dazu auf, die Barrierefreiheit des ÖPNV⁹ weiter auszubauen, bis die Stadtbahnen komplett barrierefrei sind.
- 10 2. Konkret fordern wir, bei den universitären Haltestellen zu beginnen. Das bedeutet, dass mit den Haltestellen „Universität“ und „Schneiderberg – Wilhelm-Busch-Museum“ begonnen werden muss.
- 15 3. Gleichzeitig sollen Haltestellen, die bislang noch nicht barrierefrei sind, jedoch in bevölkerungsreichen Gegenden liegen, in Angriff genommen werden.

Begründung:

20 In Hannover wohnen sehr viele Menschen mit Behinderungen, für die die Barrierefreiheit ein großer Schritt zu mehr Unabhängigkeit und Freiheit ist. Hannover hat bereits etliche Stationen der Stadtbahn umgestaltet, sodass sie jetzt barrierefrei gestaltet sind. Nichtsdestotrotz gilt es, das Netz, in dem es immer noch viele Lücken gibt, zu verdichten.

25 Mit der Universität anzufangen macht insofern Sinn, als dass es eine Reihe von Studierenden mit Behinderungen gibt, die durch die fehlende Barrierefreiheit stark benachteiligt sind. An der Haltestelle „Schneiderberg – Wilhelm-Busch-Museum“ beispielsweise gibt es bislang keine Barrierefreiheit. Auch die Stationen, die sich vor und hinter dieser Haltestelle befinden („Universität“, „Appelstraße“), sind nicht barrierefrei. Dennoch bildet die Haltestelle am Schneiderberg den Hauptzugang des öffentlichen Personennahverkehrs zur Hauptmensa der Universität Hannover, der Großküche, in der mehrere tausend Studierende täglich ihr Essen einnehmen. Die Mensa selbst ist barrierefrei, aber die dazugehörige Stadtbahnhaltestelle nicht – dieser Missstand muss beseitigt werden.

35 Bislang wurde die Barrierefreiheit für die Haltestellen „Universität“ und „Schneiderberg – Wilhelm-Busch-Museum“ immer mit der Begründung nicht in Angriff genommen, dass man eine barrierefreie Station auf dem Engelbosteler Damm (Haltestelle „Christuskirche“) habe. Das kann jedoch nicht als Begründung für eine Nicht-Umgestaltung der universitären Haupthaltestellen gelten, zumal der Zeitaufwand, gerade für Menschen

⁹ ÖPNV: Öffentlicher Personennahverkehr

40 mit Behinderungen, wenn sie sich zur Mensa bewegen wollen, ohnehin
schon viel größer ist und dann noch zusätzlich erschwert wird.
Nebeneffekt der Barrierefreiheit an diesen Haltestellen wäre auch, dass
Menschen, die einen Spaziergang mit Kind im Kinderwagen durch den
Georgengarten machen möchten, nicht immer zwangsweise bis zur Halte-
45 stelle „Herrenhäuser Gärten“ fahren oder sich Hilfe organisieren müssen.
Auch das gehört zur Barrierefreiheit.
Das gleiche Schema bei bevölkerungsreichen Gegenden anzuwenden (z.B.
„Herrenhäuser Markt“, „Weizenfeldstraße“), ist insofern sinnvoll, als dass
es dort oft benachteiligte Menschen gibt. Schon allein ältere Menschen,
50 die nicht mehr gut laufen können und deshalb einen Gehwagen / Rollator
als Stütze benutzen, können nicht ohne fremde Hilfe in die Stadtbahnen
einsteigen und sind somit beim Zugang zur Stadtbahn abhängig von der
Anwesenheit anderer Menschen. Dieser Umstand trifft besonders stark
auf den „Herrenhäuser Markt“ zu, aber auch auf andere Haltestellen in
55 der Stadt Hannover.
Wir wollen, dass das Netz insgesamt danach komplettiert wird in Form
von Barrierefreiheit der Haltestellen, denn die Barrierefreiheit nicht aus-
zubauen, hieße, statt einer solidarischen Gesellschaft eine Gesellschaft
von einseitiger Abhängigkeit zu schaffen. Das ist nicht im Sinne des sozia-
60 listischen Verständnisses von Solidarität.

U 3) KLARE LINIE DER PARTEI ZUR GENTECHNIK!

Antragsteller Juso AG NordWest

5 **Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:**

1. **Wir fordern die SPD in Bund, Ländern und Kommunen dazu auf, den Einsatz der grünen und roten Gentechnik in der Bundesrepublik gemeinsam zu diskutieren und eine schriftlich dargelegte und einheitliche Stellungnahme zu diesem Thema zu erstellen, die dann bindende Beschlusslage der Partei wird.**
10
2. **In die Betrachtungen mit einbezogen werden muss vor allem das Protokoll von Cartagena über die biologische Sicherheit, welches völkerrechtlich bindend den grenzüberschreitenden Transport, die Handhabung und den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen regelt und auch von deutscher Seite aus ratifiziert wurde.**
15
3. **Die Partei muss auch besonderes Augenmerk auf die Erfahrungen mit Gentechnik in Entwicklungsländern legen, sowie Chancen und Risiken für die Bevölkerung abwägen. Dabei sind unabhängige, wissenschaftliche Untersuchungen zu Rate zu ziehen, die die Langzeitfolgen auf Ökosystem und Gesellschaft behandeln und patentrechtliche Aspekte mit einbeziehen.**
20

Begründung:

25 Obwohl das Thema Gentechnik bereits seit vielen Jahren Einzug in die Politik genommen hat und hochbrisant ist, gibt es in der SPD bislang keine einheitliche Linie zum Umgang damit. Zu lange wurde das Thema den Grünen überlassen und durch die SPD nicht besetzt. Das muss sich ändern. Dazu ist es wichtig, dass die Partei zunächst Aufklärungsarbeit über das
30 Thema und die Problematik leistet, sodass sowohl die Mitglieder der Partei, als auch die allgemeine Bevölkerung über Gentechnik informiert werden.

Nur unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen, die vor allem auch langfristige Wirkungen berücksichtigen, geben objektiven Aufschluss über
35 den tatsächlichen Nutzen und die Risiken dieser. Unter den Wirkungen der Gentechnik ist zum einen die Auswirkung auf das Ökosystem, zum anderen die Auswirkung auf die Gesellschaft zu verstehen.

Das Protokoll von Cartagena muss dabei eine entscheidende Diskussionsgrundlage darstellen, da die Bundesrepublik eine der über 150 Unterzeichnerinnen ist und auf Basis dessen unter Rot-Grün ein Moratorium
40

gegen die unwissentliche Einfuhr gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere beschlossen hat.

U 4) LICHTVERSCHMUTZUNG EINDÄMMEN – UNNÖTIGE BELEUCHTUNGEN AUF DEN PRÜFSTAND STELLEN

Antragssteller Juso AG Nordstadt

5 **Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:**

Um einer vermehrten Lichtverschmutzung in Stadt und Region Hannover Einhaltung zu gebieten, fordern wir ein Programm zu Reduzierung der Lichtverschmutzung mit folgenden Aspekten:

10 **Reduzierung unnötiger Beleuchtungen, dazu insbesondere**

- **Abschalten jeder dritten Straßenlaterne**
- **Abschalten von Flutlichtanlagen zu Nachtzeiten mit niedriger Frequentierung**
- **Überprüfung, welche Gebäude nachts wie lange und ob überhaupt angestrahlt werden müssen**
- 15 – **Änderung der Bauordnung, um unnötige Leuchtreklame einzudämmen**
- **Einsatz von effektiveren und energiesparenderen Lampen (z. B. LED)**
- 20 – **gezieltere Beleuchtung (von oben statt von unten)**
- **Abschirmung von Lichtquellen, um eine Abstrahlung nach oben und zu den Seiten zu verhindern.**

Begründung:

25 Die größten Verursacher von Luftverschmutzung sind Großstädte und Industrieanlagen, die die Nacht durch Straßenbeleuchtung, Leuchtreklame oder Flutlichtanlagen erhellen.

Problematisch ist dies hauptsächlich durch den großen nach oben abgestrahlten oder reflektierten Anteil des Lichts. Es ergeben sich Lichtglocken über den Städten. Verantwortlich für das nach oben geleitete Licht sind vor allem Beleuchtungsanlagen und Straßenlaternen, die ihr Licht zum Großteil nicht zum Boden hin, sondern weitgehend ungenutzt zu den Seiten oder nach oben abstrahlen. Lichtverschmutzung beeinflusst Ökosysteme. Pflanzen werden durch eine künstlich aufgehellte Umwelt im Wachstumszyklus beeinflusst. Die weit verbreiteten weißen Lichtquellen mit einem hohen Blauanteil im Spektrum stellen ein erhebliches Problem für die Navigation und Orientierung nachtaktiver Insekten und Zugvögel dar. Untersuchungen haben gezeigt, dass in einer Sommernacht an einer Straßenlaterne bis zu 150 Insekten verenden.

- 40 Auch auf Menschen und Tiere hat eine übermäßige nächtliche Beleuchtung Auswirkungen auf die Chronobiologie (Untersuchung von Verhalten und Physiologie) des Organismus. So ist es bereits nachgewiesen, dass Lichtverschmutzung den menschlichen Hormonhaushalt beeinträchtigt.
- 45 Auch die Wahrnehmung von Naturphänomenen, die nur bei weitgehender bzw. absoluter Dunkelheit zu sehen sind, ist insbesondere in einem Ballungsraum wie Hannover durch die künstliche Erhellung der Nacht stark eingeschränkt.

U 5) FÜR GUTE UND SCHNELLE LÖSUNGEN FÜR MOBILITÄTSEINGESCHRÄNKTE BÜRGERINNEN UND BÜRGER. FÜR DIE KONSEQUENTE UMSETZUNG VON HOCHBAHNSTEIGEN

Antragsteller Juso-AG Linden Limmer

5

Die Jusos des Unterbezirks Hannover mögen beschließen:

Wir sprechen uns für den Ausbau der Linie 10 der Stadtbahn mit Hochbahnsteigen aus und lehnen das Konzept zur Einführung einer Niederflurbahn-Strecke ab.

10

Begründung:

Aktuell wird im Zusammenhang mit dem behindertengerechten Ausbau der Stadtbahnlinie 10 darüber diskutiert, ob es sinnvoll ist, hier das System der Niederflurtechnik einzusetzen. Wir halten dieses Konzept für reinen Populismus. Es mag in anderen Städten eine zielführende Alternative für einen behindertengerechten öffentlichen Nahverkehr sein, aber in einer Stadt, in der seit 20 Jahren bereits ein anderes Konzept umgesetzt wird, erscheint es uns sinnfrei, ein neues System für nur eine Straßenbahnlinie einzusetzen. Zumal verfügt die Stadtbahnlinie bereits über vier Hochbahnsteige, die abgerissen werden müssten. Hierdurch würden weit mehr Kosten anfallen als nur die reinen Abrisskosten. So ist die Rückführung bereits gezahlter Finanzmittel für den Bau der Bahnsteige durch das Land Niedersachsen ein weiterer Kostenfaktor. Nachteilig ist vor allem, dass die neu angeschafften Niederflurbahnen nur auf der Strecke der Stadtbahnlinie 10 eingesetzt werden könnten. Das Anfahren von U-Bahnhaltestellen ist dann nicht mehr möglich. Hierdurch wird nicht nur das Ende des Zukunftsprojekts der Linie D besiegelt, sondern es müssen auch Einschränkungen in den aktuellen Fahr- und Notfallplänen der Üstra in Kauf genommen werden. Durch eine Umstellung auf die Niederflurtechnik ist weder der Nachtsternverkehr aufrecht zu halten, noch können die Stadtbahnen bei Störungen im Betriebsablauf auf die U-Bahntunnel ausweichen.

Zudem bietet das Modell der Niederflurbahnen einen geringeren Komfort als unser System der Hochbahnsteige. Das Platzangebot dieser Straßenbahnen beschränkt sich meist auf Raum für nur zwei Rollstühle bzw. Kinderwagen pro Wagen. Hinzu kommt noch, dass diese dann mitten im

Raum stehen und somit kein sicherer Standpunkt für Kinderwagen und Rollstühle gewährleistet werden kann.¹⁰

Die Schwierigkeit den regulären Fahrplan einzuhalten ist ein weiterer Abstrich für das Niederflersystem. Verursacht wird diese Schwierigkeit dadurch, dass der Einstieg für mobilitätseingeschränkte Menschen über ein Hebebühnensystem realisiert wird.¹

Auch ein von der Üstra in Auftrag gegebenes Gutachten, welches am 16.2.2010 im Verkehrsausschuss vorgestellt wurde, belegt, dass das System der Hochbahnsteige unter ökonomischen und technischen Gesichtspunkten klar dem System der Niederflurbahnen vorzuziehen ist. Während die Geschäftsleute in Linden, aus Angst um die Attraktivität der Limmerstraße, weiterhin gegen die Hochbahnsteige mobilisieren, verklingen die Worte der Behindertenverbände. Diese haben sich bereits klar für die Hochbahnsteige ausgesprochen. Auch können wir Jusos die Angst der Geschäftsleute nicht teilen. Zum einen liegen verschiedene Vorschläge vor, um zu verhindern dass die Limmerstraße in ihrer Gänze verändert wird und zum anderen sehen wir hierin die Chance die Limmerstraße in eine „echte“ Fußgängerzone umzuwandeln.

¹⁰ Bezugnehmend auf des Bremer Stadtbahnkonzept, welches von verschiedenen politischen Lagern favorisiert wird

RESOLUTION 1) KEINE UNANGEBRACHTEN NAZI-VERGLEICHE!

Antragsteller Juso AG NordWest, Juso AG Vahrenwald-List, Juso AG Linden-Limmer

5

Es ist im politischen Umgang miteinander offenbar immer mehr zur Mode geworden, bestimmte politische Personen oder auch Publikationen mit den Auswüchsen der NS-Gewaltherrschaft gleichzusetzen.

10

Historisch sind solche Vergleiche vollkommen rückhaltlos. Die Propaganda des NS-Gewaltregimes war darauf ausgerichtet, die systematische Vernichtung ganzer Bevölkerungsteile vorzubereiten. Die Inhalte der Propaganda waren immer rassistisch und antisemitisch. Ein historischer Vergleich mit diesen Mitteln kann deshalb nur dann erfolgen, wenn man ihn

15

mit sich selbst vergleicht. **Alles andere stellt eine Verharmlosung der NS-Gewaltherrschaft und ihrer Mittel dar. Nazi-Vergleiche dürfen nur mit Nazis gezogen werden!**

20

In Politik und Gesellschaft werden solche Vergleiche recht häufig herangezogen, um die Schlagkraft der eigenen These zu erhöhen und die Diskussion kritischer zu machen, wodurch sie automatisch bekannter wird. Oft wird dabei die Verharmlosung des NS-Gewaltregimes von den Leuten, die solche Vergleiche heranziehen, überhaupt nicht wahrgenommen, weil sie in keinem Falle ausgewiesene Experten der neuzeitlichen Geschichte sind, sondern eigens empfundene Ungerechtigkeiten sofort mit einem der dunkelsten Kapitel der Menschheitsgeschichte gleichsetzen.

30

Aber auch moralisch sind solche Vergleiche gerade in der Sozialdemokratie völlig unangebracht. Die Sozialdemokratie hat als einzige politische Kraft gegen das Ermächtigungsgesetz Hitlers im Reichstag gestimmt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wurden zu der Zeit politisch verfolgt, in großen Teilen gefoltert und ermordet. Die Nachfahren innerhalb der Partei haben sich durch ihren Eintritt in die Partei zum demokratischen Sozialismus bekannt, einem gesellschaftlichen Ziel, dass die Wiederholung dieser Schrecken der Vergangenheit ausschließt. **Somit ist es auch moralisch falsch und überhaupt keine Form des innerparteilichen Umgangs miteinander, solche Vergleiche zu ziehen!**

35

40

Wir fordern alle Genossinnen und Genossen in Stadt und Region Hannover dazu auf, solche Vergleiche grundsätzlich zu unterlassen, es sei denn,

es geht als Thematik tatsächlich um das nationalsozialistische Gewaltregime.

Weiterhin fordern wir von allen Redeleitungen, die es in unseren Gremien gibt, im Falle eines solchen Vergleichs mit voller parlamentarischer Härte, durch Ordnungsrufe und Verweise, dagegen vorzugehen

45

RESOLUTION 2) JANNINE MENGER-HAMILTON EINBÜRGERN!

Antragsteller: Juso AG Südstadt-Bult

5 **Die Jusos Region Hannover verurteilt das Vorgehen des niedersächsischen Innenministeriums im Zusammenhang mit der Einbürgerung von Jannine Menger-Hamilton.**

„Wer Deutscher werden will, muss mindestens acht Jahre rechtmäßig und dauerhaft im Land leben, bevor ein Einbürgerungsantrag gestellt werden kann.

10 Da die Innenminister aber die Integration fördern wollen, gibt es Ausnahmen: Besonders engagierte Ausländer, die etwa in der Freiwilligen Feuerwehr oder beim Roten Kreuz mitarbeiten und sich damit als integriert erweisen, können schon nach sechs Jahren eingebürgert werden. Dasselbe gilt auch bei sehr guten Deutschkenntnissen.“ [1]

15 Vor einigen Wochen wurde nun über die Presse bekannt, dass diesen Regelungen in Niedersachsen in der Praxis diametral widersprochen wird. **Jannine Menger-Hamilton, lange Jahre engagiert bei den Jusos, sogar Landesvorsitzende ist nun bei den LINKEN in verantwortungsvoller Position. Man kann sie das Paradebeispiel einer engagierten Ausländerin nennen. Die Einbürgerung wurde ihr jedoch verweigert.**

20 „Menger-Hamiltons Fall wird vom Amt für öffentliche Sicherheit der Region Hannover betreut. Dort auch habe sie erfahren, dass der Verfassungsschutz Bedenken gegen ihre Einbürgerung habe und an ihrer Verfassungstreue zweifle.“ [2]

25 Leider ist dies nicht der einzige Fall in Niedersachen und speziell in Hannover, in dem einem engagierten Mitglied unserer Gesellschaft die Einbürgerung aus politischen Gründen verweigert wurde.

Der Fall Aram A. zeigt dies deutlich. „Der 20-Jährige gebürtige Syrer stellte im Mai 2008 einen Einbürgerungsantrag. Der Antrag werde wohl abgelehnt, teilte ihm das Amt für öffentliche Sicherheit der Region Hannover mit.“ [2] Auch in diesem Fall meldete der Verfassungsschutz seine Bedenken an, „denn Aram A. ist im Bundesvorstand der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) aktiv“. [2] Auch diese Organisation wird, wie die LINKS Partei, in Niedersachsen vom Verfassungsschutz beobachtet.

35 Sowohl **Jannine Menger-Hamilton als auch Aram A. werden individuell für ihr Engagement in linken Organisationen bestraft, obschon sie beide**

nie eine Straftat begangen haben.

Besonders der Fall von Jannine Menger-Hamilton betrifft uns Jusos. Denn sie war eine von uns.

40 **Es stellt sich nun die Frage, ob wir allen Nicht-Deutschen, die sich politisch aktiv bei den Jusos, der LINKEN und anderen eher links orientierten politischen Organisationen einbringen wollen, raten müssen davor ihre Einbürgerung voran zu treiben, da es sonst möglicherweise keine Einbürgerung geben wird?**

45 **Wir Jusos fordern eine faire, tolerante und unvoreingenommenen Beurteilung von Einbürgerungsanträgen und keine politisch motivieren Ablehnungen um etwaige politische Konkurrenten bereits im Vorfeld auszuschließen.**

50 **Im konkreten Fall von Jannine Menger-Hamilton fordern wir die zügige Abwicklung ihrer Einbürgerung. Denn die bisherige Verweigerung von Einbürgerungen politisch engagierter Menschen entspricht nicht unserem Verständnis einer offenen und demokratischen Gesellschaft.**

[1]: <http://www.sueddeutsche.de/politik/941/395729/text/>

[2]: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,680488,00.html>

DIE INTERNATIONALE

Die Internationale

Musik: Pierre C. Degeyter

The musical score is written in G major (one sharp) and 4/4 time. It consists of six staves of music. The chords indicated are: G, C, D, G, C, D7, G, D, A7, D, G, D, C, D, G, D, G, D, A7, D, G, C, D, G, D, G, E7, a, G, D7, G.

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt!
Das Recht wie Glut im Kraterherde
nun mit Macht zum Durchbruch dringt.
Reinen Tisch macht mit den Bedrängern!
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger,
alles zu werden, strömt zuhauf!

**Refrain: Völker, hört die Signale!
Auf, zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht!**

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen,
können wir nur selber tun!
Leeres Wort: des Armen Rechte!
Leeres Wort: des Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte,
ertragt die Schmach nun länger nicht!

Refrain

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partei'n.
Die Müßiggänger schiebt beiseite!
Diese Welt muß unser sein;

unser Blut sei nicht mehr der Raben
und der mächt'gen Geier Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben,
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß!

Refrain

Gewölbe, stark und fest bewehret
die bergen, was man dir entzog.
Dort liegt das Gut, das dir gehöret
und um das man dich betrog.
Ausgebeutet bist du worden!
ausgesogen bis aufs Mark!
Auf Erden rings, in Süd und Norden,
das Recht ist schwach, die Willkür stark!

Refrain

Mit Schlachtenrauch will man uns blenden,
doch zwischen uns soll Friede sein!
Den Dienst verweigert ihr, Soldaten
Gewehre hoch, durchbrecht die Reih'n!
Wenn drauf bestehn die Kannibalen,
daß mit dem Mordstahl kämpfen wir,
so sollen sie es bald erfahren,
auf wen wir richten das Visier!

Zur Geschichte: Eugène Pottiers Text entstand unmittelbar nach der gewaltsamen Niederschlagung der Pariser Kommune um 1871. Er bezog sich in einem verherrlichenden Sinn auf die Internationale Arbeiterassoziation (IAA), den ersten übernationalen Zusammenschluss von verschiedenen, politisch divergierenden Gruppen der Arbeiterbewegung, der 1864 von Karl Marx initiiert worden war. Die Melodie des Liedes komponierte der Belgier Pierre Degeyter, Dirigent des Arbeitergesangsvereins von Lille, im Jahr 1888, noch ein Jahr vor der Gründung der zweiten, bzw. der Sozialistischen Internationalen.

Das Lied *Die Internationale* gilt weltweit als Hymne des Sozialismus und Kommunismus und wurde in die meisten Sprachen der Welt übersetzt. In einigen kommunistisch regierten Staaten nahm sie einen nahezu gleichrangigen Platz wie die jeweilige Nationalhymne ein.

Die Sowjetunion benutzte bis 1943 *Die Internationale* als Nationalhymne. Danach wurde sie durch die Hymne der Sowjetunion ersetzt.

Zu neuem Leben erwachte *Die Internationale* im Oktober 1989 in der DDR, wo Tausende demonstrierender Bürger mit dem Absingen des alten Liedtextes auf das Missverhältnis zur sozialistischen Wirklichkeit hinwiesen.

